

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2·23

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



„Deutschland, 60-Milliardenloch, warum Berlin zusammenstürzen kann“ titelten italienische Tageszeitungen, etwas schadenfroh, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 15. November 2023 BvF 1/22). Löcherstopfen gehört zur italienischen Kernkompetenz, dachten sich viele in Italien und boten ihre Hilfe an. Wir können aus Deutschlands Mitte und eigentlicher Hauptstadt, Frankfurt am Main, aber vermelden: Hier stürzt nichts ein. Wir fragen uns nur, woher jetzt das Geld kommen soll, deutsche Richter und Staatsanwälte angemessen und vor allen Dingen nach europäischen Maßstäben zu vergüten (siehe unten Justizbarometer, unter „Neues aus Deutschland“). Italien hat damit keine Probleme und zahlt absolute Spitzengehälter. Was lässt sich daraus aus der Funktionsfähigkeit von Zivil- und Strafjustiz schließen? (Fortsetzung folgt)

"Germania, buco da 60 miliardi, perché Berlino può crollare" titolavano i giornali italiani, con malcelata soddisfazione per le difficoltà altrui, dopo la sentenza della Corte costituzionale federale tedesca (sentenza del 15 novembre 2023 BvF 1/22). Tappare i buchi è una delle competenze specifiche dell'Italia, hanno pensato in molti e hanno offerto il loro aiuto. Tuttavia, possiamo riferire dal cuore della Germania e dalla sua capitale effettiva, Francoforte sul Meno: qui non sta crollando proprio nulla. Ci chiediamo solo dove troveranno i soldi per pagare i giudici e i pubblici ministeri tedeschi in modo adeguato e, soprattutto, in linea con gli standard europei (si veda il Barometro della Giustizia, alla voce "Novità dalla Germania"). L'Italia non si fa problemi e paga gli stipendi più elevati. Quali conclusioni si possono trarre sul funzionamento della giustizia civile e penale? (... continua ...)

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Deutschland: Arme Richter	2
Ultime dall'Italia: Le multe non si pagano	3
Italian Sounding: Endlich eingetragen!	4
Diritto assurdo: Stato di diritto salvo	5
Informationen für Kollegen: Vernehmung im Schlafzimmer	6
Informazioni per colleghi: Causa povera, memoria breve	7
Immobilienseite: Abbau der Vergünstigung bei Ersterwerb	8
Pagina Immobiliare: Compravendita di immobili irregolari	9
Arbeitsrecht: Videobeweis unzulässig aber doch	10
Proprietà intellettuale: Topolino per tutti!	11
Familienrecht: Auf den Hund gekommen	12
Leseempfehlungen: Schreibt! Schreibt! Schreibt!	13
Gesellschaftsrecht: Ausschluss des GmbH-Gesellschafters	14
Viaggi e trasporti: In coda all'aeroporto	15
Dolce Lauda around the world	16



Amtsgericht München über die Liebenswürdigkeit von Mitreisenden (S. 14):
Man lässt Sie durch!

Tribunale di Monaco sulla cortesia dei passeggeri (pag.15):
Vi faranno passare!

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Neues Staatsangehörigkeitsrecht

Die Bundesrepublik hat den Grundsatz aufgegeben, dass Mehrstaatigkeit nach Möglichkeit vermieden werden sollte und hat den Zugang zum deutschen Pass erleichtert. Wer in Deutschland geboren wurde und ausländische Eltern hatte, musste sich bislang an seinem 19. Geburtstag für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden. Dieser Entscheidungszwang entfällt: In Zukunft können beide Pässe behalten werden.

Andy Scheuer bald insolvent?

In Deutschland wundert man sich, was den ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer dazu verleitet hat, ein nicht gerade billiges Mautsystem für Autobahnen in Auftrag zu geben, obwohl ihn selbst ein Jurastudent im 2. Semester davor hätte warnen können. Eine Diskrimination von EU-Bürgern darf es nicht geben, und die Vorstellung, Italiener zahlen die deutsche Autobahn und Deutsche eben nicht (für Deutsche war ein Rückerstattungsmodell vorgesehen), war einfach ein unerlaubtes Wunschdenken. Die Bundesrepublik musste 243.000.000 Euro an die vermeintlichen Mautbetreiber zahlen (weil Andy Scheuer nicht warten konnte) und noch im Sommer prüfte das Ministerium tatsächlich, ob man diesen Betrag nicht tatsächlich von Herrn Scheuer persönlich zurückverlangen könnte. Die letzten Meldungen stammen aus dem August 2023. Vielleicht haben sich die Parteien mittlerweile auf Ratenzahlungen geeinigt; zahlt der Minister jedes Jahr 24 Millionen an das Ministerium zurück, steht einer Karriere im Jahr 2034 nichts mehr entgegen – soweit das Ministerium auf Zinsen verzichtet (siehe Focus-online v. 11.07.2023, (https://www.focus.de/politik/deutschland/summe-von-243-millionen-euro-ampel-will-sich-maut-millionen-von-andreas-scheuer-persoendlich-holen_id_198523136.html)).

land/summe-von-243-millionen-euro-ampel-will-sich-maut-millionen-von-andreas-scheuer-persoendlich-holen_id_198523136.html)

Wasserlassen in der Ostsee erlaubt

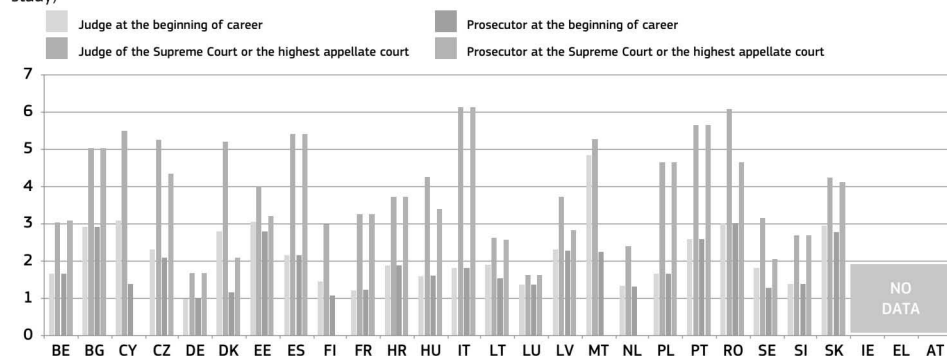
Eine Entscheidung des Amtsgerichts Lübeck machte in Deutschland die Runde aller Medien. Ein Mann urinierte in die Ostsee und wurde von Polizisten „erwischt“. Es sollte 60 Euro Ordnungsgeld bezahlen und beschwert sich bei dem zuständigen Gericht. Dieses hob das Bußgeld auf und fand für das Urinieren einen schönen gesellschaftlichen Rahmen:

„Eine gewisse Üblichkeit und Duldung ist hierfür etwa bei Wanderungen benennbar, bei Arbeiten in Feld und Flur, bei Jägern und Pilzesammlern, Radsportlern und Radtourlern, Badenden an Seen und Flüssen und bei sonstigen naturnahen Beschäftigungen. Dass es am Spülsaum der Ostsee landschaftlich anders als in Bergen und an Waldrändern keine weiteren Möglichkeiten zum landschaftlichen Rückzug gegeben hat außer der Abkehr, kann dem Betroffenen dabei nicht zum Nachteil gereichen. So ist es halt an der Küste.“ (AG Lübeck vom 29.06.2023 83a OWi 739)

Richter unterbezahlt

Die EU-Kommission rügt weiterhin, dass Deutschland seine Richter zu schlecht bezahle. Im aktuellen Justizbarometer zur Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Union ist Deutschland auf dem letzten Platz in der Höhe der Richterbesoldung, Italien auf dem ersten (siehe Ausschnitt aus der Grafik https://commission.europa.eu/system/files/2023-06/Justice%20Scoreboard%202023_0.pdf). Ein deutscher Richter erhält weit weniger als die Hälfte seines italienischen Amtskollegen.

Figure 34 Ratio of annual salaries of judges and prosecutors with annual average gross salary in the country in 2021 (*) (per 100 000 inhabitants) (source: Council of Europe's European Commission for the Efficiency of Justice (CEPEJ) study)



NEUES AUS ITALIEN

Greenpeace gegen ENI

Auch Italien hat jetzt seine 1. Klimaklage. Greenpeace vertritt die Auffassung, dass Eni eine der Unternehmen ist, dass weltweit den Planeten am meisten verschmutzt (<https://www.greenpeace.org/italy/attivati/la-giusta-causa-per-il-pianeta>) und hat Eni auf Unterlassung und Schadensersatz vor dem Landgericht Rom verklagt. Eni wehrt sich und weist auf das eigene Engagement im Umweltschutz hin; sie hat die Klageschrift selbst ins Netz

gestellt (<https://www.eni.com/it/IT/media/causa-eni-greenpeace-recommon.html>). Der Mandantenbrief wird berichten!

Neues Digitales Register

In Italien ist ein Nationales Digitales Register eingeführt worden (INAD), bei dem jeder Bürger seine digitale Adresse eintragen lassen kann. Diese ist dann verbindlich für jede Mitteilung der öffentlichen Verwaltung (<https://domiciliodigitale.gov.it>).

Wege zum Reichtum

Kulturschutzgesetz

Ein Mitarbeiter eines Münchner Museums tauscht einige ausgestellte Originale („Das Märchen vom Froschkönig“ von Franz von Stuck) durch gute Fälschungen aus und finanzierte sich damit einen angenehmen Lebensstil. Die Bilder wurden zum Teil in die Schweiz verkauft und waren auch Gegenstand von Auktionen. Wie der Mitarbeiter aufgefliegen ist, ist aus dem Sachverhalt der Presseerklärung der Entscheidung vom Amtsgericht München nicht zu entnehmen; möglicherweise waren die Fälschungen nicht perfekt. Interessant ist, dass die Verurteilung nach §83 Abs. 1 Kulturschutzgesetz verurteilt wurde, eine Vorschrift, die man unbedingt nachschlagen sollte (AG München, vom 11.09.2023, Az 1110 Ds 13 112633/22)



Extrem Praktisches: Was tun mit einem Bußgeldbescheid aus Italien. Zahlen etwa?

Wer von einer italienischen Gemeinde einen Bußgeldbescheid erhält, weil er beispielsweise durch eine ZTL-Zone gefahren ist, um sein Hotel erreichen, dem sei dieses kurze Gutachten von Rechtsanwalt Martin Cordella empfohlen:

Die Zustellung des Bescheides dürfte unwirksam ist, da eine direkte Zustellung veranlasst wurde. Das anwendbare Europäische Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen vom 24.11.1977 sieht eine direkte Zustellung seitens der ausländischen Behörde zwar vor, aber Deutschland hat einer direkten Zustellung ausdrücklich widersprochen.

Mit einer Entscheidung des italienischen obersten Gerichtshofes vom 03.11.2020 („Corte di Cassazione“) wurde die Unwirksamkeit der Zustellung per Post eines Bußgeldbescheides ins Ausland bestätigt. Der Fall betraf einen deutschen Staatsangehörigen, dem ein Bußgeldbescheid von der Polizei Florenz direkt per Post zugestellt wurde. Nach der bisherigen Rechtsprechung war die Rüge der Zustellungsunwirksamkeit zwingend im Einspruchsverfahren zu erheben, laut aktuellem Urteil der Corte di Cassazione vom 08.04.2022 wird im Falle der fristgerechten Einspruchseinlegung jedoch die Zustellungsunwirksamkeit geheilt. Aus strategischen Gründen empfiehlt sich daher, die Rüge ggf. erst zu einem späteren Zeitpunkt zu erheben, z.B. für den unwahrscheinlichen Fall eines Vollstreckungsversuches der Behörde.

ULTIME DALLA GERMANIA

Nuova legge sulla nazionalità

La Repubblica Federale Tedesca ha abbandonato il principio secondo il quale la cittadinanza multipla deve essere evitata per quanto possibile e ha reso più semplice l'ottenimento del passaporto tedesco. Finora, chiunque fosse nato in Germania da genitori stranieri doveva scegliere tra la cittadinanza tedesca e quella straniera al compimento del 19° anno di età. Questo obbligo di scelta non si applica più: in futuro si potranno tenere entrambi i passaporti.

Giudici sottopagati

La Commissione europea continua a criticare il fatto che la Germania paga troppo poco i suoi giudici. Nell'attuale Barometro della Giustizia sullo stato di diritto nell'Unione Europea, la Germania è all'ultimo posto per quanto riguarda il livello degli stipendi dei giudici, mentre l'Italia è al primo posto (si veda l'estratto del grafico https://commission.europa.eu/system/files/2023-06/Justice%20Scoreboard%202023_0.pdf) Un giudice tedesco riceve molto meno della metà del suo omologo italiano.

Andy Scheuer presto insolvente?

In Germania ci si chiede cosa abbia spinto l'ex ministro dei trasporti Andreas Scheuer a commissionare un sistema di pedaggio autostradale non proprio economico, anche se persino uno studente di legge del secondo anno avrebbe potuto metterlo in guardia. Non ci devono essere discriminazioni nei confronti dei cittadini dell'UE, e l'idea che gli italiani paghino per l'autostrada tedesca e i tedeschi no (era previsto un modello di rimborso per i tedeschi) era semplicemente una velleità illecita. La Repubblica Federale ha dovuto pagare 243.000.000 di euro di

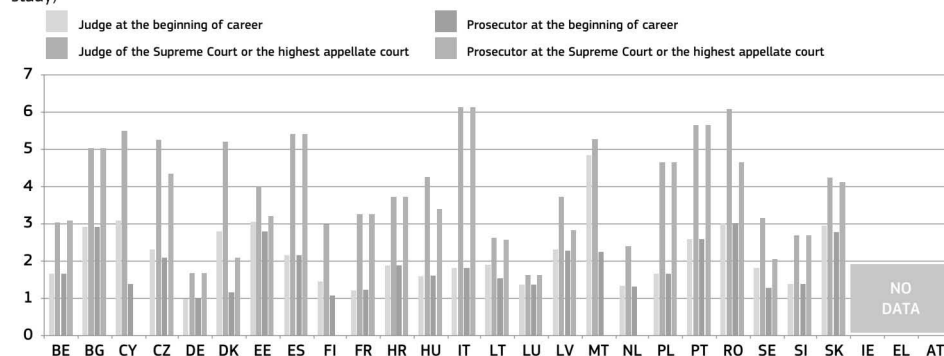
danni ai presunti gestori dei pedaggi (perché Andy Scheuer non poteva aspettare) e già in estate il Ministero stava verificando se questa somma potesse essere effettivamente richiesta al signor Scheuer personalmente. Le ultime notizie risalgono all'agosto 2023. Forse le parti si sono accordate su pagamenti rateali; se il ministro restituisce 24 milioni di euro al ministero ogni anno, nulla gli impedisce di fare carriera nel 2034 - a patto che il ministero rinunci agli interessi (cfr. Focus-online dell'11/07/2023, (https://www.focus.de/politik/deutschland/summe-von-243-millionen-euro-ampel-will-sich-maut-millionen-von-andreas-scheuer-persoendlich-holen_id_198523136.html))

Non è vietato urinare nel Mar Baltico

Una decisione del Tribunale di Lubeca ha fatto il giro di tutti i media in Germania. Un uomo ha urinato nel Mar Baltico ed è stato "beccato" dagli agenti di polizia. Gli è stato ordinato di pagare una multa di 60 Euro e lui si è rivolto al Tribunale competente. Il Tribunale ha cancellato la multa e ha trovato una bella cornice sociale per la minzione:

"Una certa consuetudine e tolleranza può essere chiamata in causa, ad esempio, durante le escursioni, durante il lavoro nei campi e nei prati, con i cacciatori e i raccoglitori di funghi, con i ciclisti e i cicloturisti, con i bagnanti nei laghi e nei fiumi e durante altre attività vicine alla natura. Il fatto che, a differenza delle montagne e dei margini delle foreste, lungo la costa del Mar Baltico non ci siano altre opportunità di ritirarsi in campagna, a parte l'allontanamento, non può andare a discapito delle persone coinvolte. È così che funziona sulla costa". (AG Lübeck vom 29.06.2023 83a OWi 739)

Figure 34 Ratio of annual salaries of judges and prosecutors with annual average gross salary in the country in 2021 (*) (per 100 000 inhabitants) (source: Council of Europe's European Commission for the Efficiency of Justice (CEPEJ) study)



Nuovo registro digitale

In Italia è stato introdotto un registro digitale nazionale (INAD), dove ogni cittadino può registrare il proprio indirizzo digitale. L'indirizzo è poi vincolante per qualsiasi comunicazione da parte della pubblica amministrazione (<https://domiciliodigitale.gov.it>).

Greenpeace contro ENI

Anche l'Italia ha ora la sua prima causa ambientale. Greenpeace ritiene che l'Eni sia

una delle aziende che inquinano di più il pianeta a livello mondiale (<https://www.greenpeace.org/italy/attivati/la-giusta-causa-per-il-pianeta>) e l'ha citata per ingiunzione e risarcimento danni presso il Tribunale di Roma. Eni si difende e sottolinea il proprio impegno per la tutela dell'ambiente; ha messo online la dichiarazione di credito (<https://www.eni.com/it-IT/media/causa-eni-greenpeace-recommon.html>). La lettera ai clienti vi informerà!

Metodi per arricchirsi

Legge sulla protezione della cultura

Un dipendente di un museo di Monaco di Baviera ha sostituito alcuni degli originali esposti ("La fiaba del re ranocchio" di Franz von Stuck) con delle ottime copie, per finanziarsi uno stile di vita agiato. Alcuni dipinti sono stati venduti in Svizzera e messi all'asta. Dai fatti riportati nel comunicato stampa della decisione del Tribunale di Monaco non è chiaro come sia stato scoperto il dipendente; è possibile che i falsi non fossero perfetti. È interessante notare che la condanna si è basata sull'art. 83, comma 1 della legge tedesca sulla protezione della cultura, una disposizione che andrebbe assolutamente consultata (Tribunale di Monaco, decisione dell'11 settembre 2023, R.G. n.. 1110 Ds 13 112633/22).

Consiglio pratico: cosa fare con un avviso di multa. Pagare, per esempio?

Se ricevete – per i residenti in Germania – un avviso di multa da un Comune italiano perché avete attraversato una zona a traffico limitato, ad esempio, per raggiungere il vostro albergo, vi consigliamo questo breve parere dell'avvocato Martin Cordella:

È probabile che la notifica dell'avviso sia inefficace in quanto è stata disposta la notifica diretta. La Convenzione europea sulla notificazione e la comunicazione degli atti in materia amministrativa del 24.11.1977 prevede la notificazione diretta da parte dell'autorità straniera, ma la Germania si è espressamente opposta a tale procedura.



Una sentenza della Corte di Cassazione del 3.11.2020 ha confermato l'inefficacia della notifica di un avviso di multa all'estero per posta. Il caso riguardava un cittadino tedesco che aveva ricevuto un avviso di multa dalla polizia di Firenze direttamente per posta. Secondo la precedente giurisprudenza, l'eccezione di inefficacia della notifica doveva essere sollevata nel procedimento di opposizione, ma secondo l'attuale sentenza della Corte di Cassazione dell'8.04.2022, l'inefficacia della notifica è sanata se l'opposizione è presentata entro il termine. Per ragioni strategiche, è quindi consigliabile presentare l'opposizione in un momento successivo, ad esempio nel caso improbabile di un tentativo di esecuzione da parte dell'autorità.

ABSURDES RECHT

Katastrophe und Baugenehmigung

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 ist ein kleiner Fluss (die Ahr) in Deutschland über die Ufer getreten und hat eine verheerende Flutkatastrophe verursacht. Über 100 Menschen starben, mehrere 1000 Menschen wurden obdachlos. Viele Häuser und Betriebe wurden zerstört, so auch ein Campingplatz. Der geschädigte Betreiber wollte seinen Campingplatz wieder aufbauen. Nicht ohne erneute Beantragung einer Baugenehmigung - sagte die Behörde und bestätigte jetzt auch das Verwaltungsgericht Koblenz (Urteil vom 28. August 2023, 1 K 172/23).

Jeder Fall ist anders und die Redaktion des Mandantenbriefes hat sich nicht die Mühe gemacht, die Prozessakten zu studieren. Die Beantragung einer neuen Baugenehmigung bedeutet in der Regel, dass ein Gebäude, das zuvor aufgrund der seinerzeitigen geltenden Rechtsvorschriften völlig zu Recht stand, heute nicht mehr so gebaut werden darf. Wir hoffen, dass die Entscheidung in ihrer Tristesse keines weiteren Kommentars bedarf.

Rechtsstaatsprinzip in Deutschland weiter gültig

Auf der ganzen Welt ist der Populismus und Vormarsch. Das ist betrüblich genug, trauriger ist es noch, wenn man dem Populismus entgegenarbeitet. Das passiert in Deutschland leider immer wieder, wo sich im Gegensatz zu einigen italienischen Regierungsvetretern niemand auf längst vergangene Zeiten beruft.

Der deutsche Gesetzgeber hatte mit dem § 362 Nr 5 StPO tatsächlich eine Vorschrift eingeführt, die die Rechtskraft eines Freispruchs eines Angeklagten zu einem sehr volatilen Umstand erklärte. Sobald sich neue Tatsachen oder Beweismittel zulasten des Angeklagten ergeben würden, konnte der Prozess immer wieder von neuem beginnen.

Es ist für einen Laien vielleicht schwer zu vermitteln, dass ein Mörder freigesprochen werden kann: Das ist aber der Preis für einen Rechtsstaat. Glücklicherweise verfügt die Bundesrepublik über ein intaktes Bundesverfassungsgericht, das die Verfassung schützt und mit seinem Urteil vom 31. Oktober 2023 (2 BvR 900/22) dem Gesetzgeber die Leuten gelesen hat. Die neue Vorschrift ist verfassungswidrig.

Seenotrettung bald strafbar?

Unter diesem Titel findet sich in LTO - eines der deutschen Juristen beliebten Onlinemagazin zu rechtlichen Themen - ein Artikel, aus dem hervorgeht, dass eine Formulierungshilfe des Bundesinnenministeriums zu § 96 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz in einer neuen Fassung dazu führen könnte, dass die Rettung von Menschen in Not auf See einen Straftatbestand erfüllen könnte (www.lto.de/recht/hintergruende/h/bmi-seenotrettung-aenderung-aufenthaltsrecht-strafbarkeit). Wir hoffen sehr, dass es sich um ein großes Missverständnis handelt. Schleusern das Handwerk zu legen, ist eine ehrenwerte Sache. Aber Menschen zu bestrafen, die anderen Menschen vor dem Ertrinken retten. ... wie soll man so einen Satz beenden?

ITALIAN SOUNDING

Italian Sounding e.V. ist eine qualifizierte Einrichtung nach §8b UWG

Der 13.10.2023 könnte ein wichtiges Datum für die effektive Bekämpfung des sogenannten Italian Sounding in Deutschland werden. An diesem Tag hat das Bundesamt für Justiz den Verein „Italian Sounding e.V.“ in das Register der qualifizierten Einrichtungen nach § 8b UWG eingetragen (https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/Verbraucherschutz/Liste_qualifizierter_Wirtschaftsverbaende_UWG.pdf?__blob=publicationFile&v=34). Leider hat die Nachricht in der italienischen Öffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit erfahren, die sie verdient:

1. In Italien ist das sogenannte "Italian Sounding" seit Jahren ein absolutes Modethema. Man schätzt, dass durch Produkte, die vorgeben in Italien hergestellt worden zu sein - aber es nicht sind - allein der italienischen Lebensmittelwirtschaft bis zu 100.000.000.000 Euro jährlich verloren gehen. Dabei ist das Italian way of life, um das uns offensichtlich die ganze Welt beneidet und es nachmachen möchte, nicht nur auf Lebensmittel und Gastronomie beschränkt, sondern auch auf weite Lebensbereiche wie Design, Mode, etc..
2. In der italienischen Öffentlichkeit, aber vor allen Dingen in der italienischen Politik, herrscht die Vorstellung vor, dass es nur 2 Arten von Italian Sounding gäbe: Die dreiste, die man durch Einsatz der Polizei oder des Zolls beseitigen kann (das sind Produkte, die falsche Angaben auf der Verpackung enthalten) und die subtile, die nur den Eindruck erweckt, das Produkt sei italienisch, aber gleichzeitig auf der Packung den Zusatz erhält: Hergestellt in Deutschland oder in Taiwan. Gegen das subtile Italian Sounding sei man machtlos.
3. Das ist in Deutschland nicht so. Das deutsche Wettbewerbsrecht schützt sowohl den Wettbewerber wie auch den Verbraucher auf einer sehr subjektiven Grundlage: dem Empfängerhorizont des Verbrauchers. Wenn dieser von einer Dose geschälten Tomaten, die rot-weiß grün verpackt ist, mit Bildern des schiefen Turms von Pisa und des Kolosseums, den Eindruck erhält, er habe ein italienisches Erzeugnis in der Hand (und es ist keins) hilft dem unlauteren Wettbewerber nicht unbedingt der irgendwo + abgedruckte Zusatz: Hergestellt in Deutschland. Die Verpackungsaufmachung der geschälten Tomaten können rechtswidrig sein mit der Folge, dass die Dosen wieder vom Markt entfernt werden müssen.
4. Kein deutscher Lebensmittelwächter wird aber von Amts wegen eine solcher Dose aus dem Supermarkt entfernen, auch wenn ihn ein Amtskollege aus Rom darum bittet. Dafür gibt es in Deutschland qualifizierte Einrichtungen; die größte ist die Wettbewerbszentrale aus Bad Homburg, die überall dort einschreitet, wo sich die deutsche Industrie nicht einig ist.
5. Jetzt auch eine Einrichtung zu haben, die sich für die italienischen Hersteller (und im Reflex auch für die deutschen Verbraucher) einsetzt und das Unwesen in den deutschen Regalen kontrolliert (von "Cuncina" bis "Italmo"), ist für die italienische Lebensmittelindustrie eine einmalige Chance. Diese Gelegenheit wäre jetzt zu erkennen: Hierzu muss der Verein aktiv sein und vor allem weiterwachsen, um die Zulassungsvoraussetzungen auch weiterhin zu erfüllen. Eine Unterstützung aus den entsprechenden italienischen öffentlichen Stellen wäre fast geboten, wenn man das Italian Sounding in Deutschland effektiv bekämpfen möchte, sowie von allen italienischen Unternehmen, die auf dem Sektor tätig sind.

LIEFERKETTEN!

In unserem letzten Newsletter Nr. 54 hatten wir bereits darüber informiert, dass der deutsche Gesetzgeber zum 01.01.2021 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verabschiedet hat, das bereits für deutsche Unternehmen mit mindestens 3.000 Mitarbeitern gilt. Ab dem 01.01.2024 wird die Schwelle für deutsche Unternehmen jedoch auf 1.000 Beschäftigte gesenkt. Ziel des Gesetzes ist es, sowohl die Umwelt als auch die Menschenrechte zu schützen.

In diesem Zusammenhang muss mit dem Irrglauben aufgeräumt werden, dass das Gesetz nur für große deutsche Unternehmen gilt. Denn wie sich im ersten Jahr des Bestehens des Gesetzes herausgestellt hat, gilt es für die gesamte Lieferkette und damit auch für die Zulieferer, unabhängig von deren Unternehmensstruktur, Mitarbeiterzahl und Branche. Allerdings kann im Einzelfall geprüft werden, inwieweit z.B. der italienische Lieferant tatsächlich verpflichtet ist, der Anfrage des deutschen Auftragge-

bers nachzukommen. Die Unternehmen sind aufgerufen, sich ohne Verzögerung mit dem Gesetz auseinander zu setzen und sich um eine Überprüfung bzw. Anpassung zu bemühen, da bereits jetzt eine starke Tendenz zur Bevorzugung derer Unternehmen besteht, die die Anforderungen erfüllen.

Auch wird davon abgeraten, den tatsächlichen Anforderungen mit aus dem Hut gezauberten Zertifizierungen umgehen zu wollen, da man Gefahr läuft wegen Greenwashing verklagt zu werden. Hierzu hat sich auch das BAFA bereits geäußert, das bereits jetzt Anzeigen gegen Verstöße ernsthaft nachgeht: Hier geht es darum Fakten zu schaffen und nicht die Bürokratie durch Dokumente anzukurbeln.

Die Kollegin Marilena Bacci beschäftigt sich seit längerem mit dem Thema und der praktischen Durchführung des LkSG. Sie berät und bietet auch Workshops an.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an: m.bacci@dolce.de

DIRITTO ASSURDO

Calamità e Permesso di Costruzione

Nella notte tra il 14 e il 15 luglio 2021 si sono rotti gli argini di un piccolo fiume (l'Ahr) in Germania, causando una devastante alluvione. Oltre 100 persone sono morte e diverse migliaia sono rimaste senza casa. Molte sono le case e le attività commerciali distrutte, tra cui un campeggio. Il proprietario danneggiato voleva ricostruirlo. Non senza richiedere nuovamente una licenza edilizia - hanno detto le autorità ed ora confermato dal Tribunale amministrativo di Coblenza (sentenza del 28 agosto 2023, 1 K 172/23).

Ogni caso è diverso e i redattori di questa lettera ai clienti non si sono presi la briga di studiare gli atti del processo. La richiesta di una nuova licenza edilizia significa di regola che un edificio che in precedenza era perfettamente legale secondo la legislazione in vigore all'epoca non può più essere costruito nello stesso modo. Ci auguriamo che la decisione, nella sua tristezza, non richieda ulteriori commenti.

Il principio dello Stato di diritto è ancora valido in Germania

Il populismo è in aumento in tutto il mondo. Questo è già abbastanza triste, ma è ancora più triste quando ci si adopera ad aiutarlo. Purtroppo questo accade sempre più spesso in Germania, dove, a differenza di alcuni rappresentanti del governo italiano, nessun rappresentante ha mai fatto riferimento a tempi ormai lontani.

Il legislatore tedesco aveva infatti introdotto una disposizione all'art. 362 n. 5 del Codice di procedura penale che dichiarava il giudicato su un'assoluzione di un imputato come una circostanza molto volatile. Non appena emergevano nuovi fatti o prove a favore dell'imputato, il processo poteva ricominciare da capo.

Per un profano è forse difficile rendersi conto che un assassino può essere assolto, ma questo è il prezzo di uno Stato di diritto. Fortunatamente, la Repubblica Federale Tedesca ha una Corte Costituzionale Federale intatta che protegge la Costituzione e che, con la sentenza del 31 ottobre 2023 (2 BvR 900/22), ha dato una lezione al legislatore. La nuova disposizione è incostituzionale.

Il salvataggio in mare diventerà presto un reato?

Questo è il titolo di un articolo apparso su LTO - una rivista online dedicata a temi legali molto apprezzata dagli avvocati tedeschi - in cui si afferma che una nuova versione delle linee guida del Ministero federale degli Interni sulla formulazione dell'art. 96, comma 4 della legge sulla residenza potrebbe rendere il salvataggio di persone in difficoltà in mare un reato penale (www.lto.de/recht/hintergruende/h/bmi-seenotrettung-aenderung-aufenthaltsrechtstrafbarkeit). Speriamo vivamente che si tratti di un grosso malinteso. Porre fine ai trafficanti di esseri umani è una causa onorevole. Ma penalizzare le persone che salvano altri dall'annegamento... come si fa a finire una frase del genere?

ITALIAN SOUNDING

Italian Sounding e.V. è un'organizzazione qualificata ai sensi del § 8b UWG

Il 13.10.2023 potrebbe essere stata una data importante per combattere efficacemente l'Italian Sounding in Germania. In questa data, infatti, l'Ufficio Federale di Giustizia ha iscritto l'associazione "Italian Sounding e.V." nel registro degli enti qualificati ai sensi del § 8b UWG (https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/Verbraucherschutz/Liste_qualifizierter_Wirtschaftsverbaende_UWG.pdf?__blob=publicationFile&v=34). Purtroppo, la notizia non ha ricevuto l'attenzione che meritava da parte del pubblico italiano.

1. In Italia, il cosiddetto "Italian Sounding" è da anni un argomento assolutamente di moda. Si stima che la sola industria alimentare italiana perda fino a 100.000.000 di euro all'anno a causa di prodotti che si dichiarano made in Italy ma non lo sono. Lo stile di vita italiano, che tutto il mondo ovviamente invidia e vuole imitare, non si limita solo al cibo e alla ristorazione, ma si estende anche ad altri settori della vita come il design, la moda, ecc.
2. Nell'opinione pubblica italiana, ma soprattutto nella politica italiana, prevale l'idea che esistano solo 2 tipi di Italian Sounding: quello spudorato, che può essere eliminato dalla polizia o dalla dogana (si tratta di prodotti che contengono informazioni false sulla confezione) e quello più sottile, che dà solo l'impressione che il prodotto sia italiano, ma allo stesso tempo ha l'aggiunta sulla confezione: Made in Germany o Taiwan. Contro l'Italian Sounding più "sottile" siamo impotenti.
3. Questo non è il caso della Germania. La legge tedesca sulla concorrenza leale protegge sia il concorrente che il consumatore su una base molto soggettiva: l'orizzonte di percezione del consumatore. Se un barattolo di pomodori pelati confezionato in rosso, bianco e verde con immagini della Torre di Pisa e del Colosseo dà al consumatore l'impressione di avere in mano un prodotto italiano (e non è così), il concorrente sleale non è necessariamente aiutato dall'aggiunta stampata da qualche parte: Made in Germany. Il confezionamento dei pomodori pelati può essere considerato illegale, con la conseguenza che i barattoli devono essere ritirati dal mercato.
4. Tuttavia, nessun ispettore alimentare tedesco rimuoverà d'ufficio una tale lattina dal supermercato, anche se un Collega di Roma glielo chiede. In Germania esistono istituzioni qualificate a questo scopo. La più importante è il Centro per la concorrenza di Bad Homburg, che interviene ogni volta che l'industria tedesca non è unanime.
5. Avere un'organizzazione che difende i produttori italiani (e, di riflesso, anche i consumatori tedeschi) e controlla la mescolanza che si trova sugli scaffali tedeschi (da "Cuncina" a "Italiamo") è un'opportunità unica per l'industria alimentare italiana. Un'opportunità che va riconosciuta subito. Per farlo, l'associazione deve essere attiva e, soprattutto, continuare a crescere per continuare a soddisfare i requisiti di autorizzazione. Il sostegno delle autorità pubbliche italiane competenti è quasi indispensabile per combattere efficacemente l'Italian Sounding in Germania, così come quello di tutte le imprese italiane che vogliono lottare contro questo fenomeno.

LKSG

La legge tedesca sulla Due diligence obbligatoria nella catena di fornitura (LkSG)

Nella nostra ultima newsletter n. 54 avevamo già informato del fatto che il legislatore tedesco ha approvato il 1° gennaio 2021 la cd. Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz che trova già concreta applicazione per le aziende tedesche con almeno 3.000 dipendenti. Ma dall'01.01.2024 la soglia per le aziende tedesche si abbassa a 1.000 dipendenti. La legge mira a tutelare sia l'ambiente che i diritti umani.

Da sfatare in primis l'errata convinzione che la legge interessi solo le grandi aziende tedesche, perché come emerso nel primo anno di vita della normativa tedesca, essa trova applicazione verso tutta la catena di fornitura, e quindi anche nei confronti di fornitori, indipendentemente dalla loro compagine sociale, dal numero di dipendenti e dal settore in cui operano. Da verificare tuttavia, caso per caso, fino a che punto,

ad. es. il fornitore italiano sia effettivamente tenuto a rispondere alla richiesta del committente tedesco. Le aziende sono chiamate a confrontarsi senza ulteriori ritardi con tale legge ed adoperarsi a verificare e/o adattare la propria compliance, posto che già oggi si nota la forte tendenza a privilegiare le aziende che soddisfano i requisiti.

Da smentire inoltre l'idea di poter risolvere in breve il problema con qualche certificazione tirata fuori dal cassetto, pena anche una denuncia per Greenwashing. Anche su tale punto l'autorità di vigilanza tedesca, BAFA, si è già espressa in modo risolutivo: qualsiasi denuncia di violazioni verrà seguita con serietà, motivo per cui ci si deve adoperare a creare fatti e non fornire documenti.

La collega Marilena Bacci segue da tempo le dinamiche ed evoluzione della legge, fornendo consulenza, ma anche in house workshops. Qualsiasi domanda potrà essere rivolta a: m.bacci@dolce.de

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Italien: Prozessvollmachten auch in englischer Sprache wirksam

In Italien tätige Kollegen ist bekannt, wie formalistisch die Vollmachtserteilung für die Prozessführung erfolgen muss. Während in Deutschland der Prozess auch ohne Vorlage einer schriftlichen Vollmacht beginnen kann, hat in Italien der Rechtsanwalt die Vollmacht seines Mandanten zu beglaubigen. Die Entscheidung des Kassationshofes vom 12. Juli 2023 (Nummer 19900) ist daher erstaunlich: Eine in englischer Sprache ausgestellte Vollmacht soll formwirksam sein, wenn der Richter in der Lage ist, sich diese selbst zu übersetzen.

Italien: Fachanwälte eingeführt

Art. 9 des Gesetzes Nr. 247 vom 31.12.2012 hat jetzt auch in Italien die Bildung von Fachanwaltschaften, also von spezialisierten Rechtsanwälten, die mit einem entsprechenden Titel werben können, eröffnet. Der Katalog von Fachanwaltschaften unterscheidet sich nicht wesentlich von dem deutschen; italienischen Kollegen hielten es für ratsam, auch einen Fachanwalt für Zwangsvollstreckungsrecht einzuführen (den es in Deutschland nicht gibt). Im Transportwesen erhält, landestypisch, die Seefahrt eine besondere Betonung (*diritto della navigazione e dei trasporti*).

Um als Fachanwalt zugelassen zu werden, muss der Rechtsanwalt schon 8 Jahre bei der Anwaltskammer eingeschrieben gewesen sein und muss hiervon die letzten 5 Jahre auf dem Fachgebiet nachweislich tätig gewesen sein.

Nach Auffassung der Redaktion ist der Titel des Fachanwaltes eine nützliche erste Orientierung für den Mandanten, der für das betreffende Rechtsgebiet einen Spezialisten sucht und sich nicht auf die Eigenwerbung der Rechtsanwaltskanzlei verlassen möchte.

80.000 Anschläge reichen für Streitwerte unter 500.000 Euro

Wenn es nicht um Millionen geht, soll sich der italienische Anwalt kurz fassen. Der italienische Justizminister hat ein Ministerialdekret unterzeichnet, das am 1. September 2023 in Kraft tritt und für Streitwerte unter 500.000,00 Euro eben 80.000 Anschläge und höchstens 40 Seiten für die ersten anwaltlichen Schriftsätze im Rechtsstreit vorschreibt. Immerhin eine Erhöhung, gegenüber den vorherigen Vorgaben, über die der Mandantenbrief schon berichtet hatte, um 30 % (Quelle: Sole 24 Ore vom 10.08.2023).

Was passiert, wenn sich der Rechtsanwalt nicht daran hält und ein Paar Anschläge mehr produziert? Dann kann die Partei das Recht auf Kostenerstattung verlieren (LG Verona, sez I civile, Dekret vom 29.09.2023).

Noch härter die Sanktion des „Consiglio di Stato“, der in Deutschland dem Bundesverwaltungsgericht entspricht. Dieser hat schlicht eine Klage abgewiesen, weil sie zu lang war (Cons. Stato Sez V, vom 22.09.2023, Nr. 8487).

Neues Leitentscheidungsverfahren am BGH beschlossen

Der deutsche Gesetzgeber hat ein „Leading -Case“-Verfahren eingeführt. Der BGH kann sich bei einem Massenklagenphänomen (wie beispielsweise Die-

selgate), ein Verfahren raussuchen und unabhängig von dem konkreten Schicksal des herausgepickten Verfahrens Leitlinien für die Instanzgerichte vorgeben, die dann in der Praxis verbindlich werden. Die Instanzrichter müssen dann nicht den Instanzenweg abwarten, bis sie Sicherheit haben. Bislang liegt es immer im Ermessen der Parteien, entweder die Anträge zurückzunehmen oder sich zu vergleichen, um eben eine BGH-Entscheidung zu vermeiden.

Gleichzeitig wurde auch die Einführung von sogenannten Commercial Courts bei den deutschen Gerichten beschlossen. Damit sind besondere Handelskammern gemeint, die auch auf Englisch verhandeln können. Ob damit der Schiedsgerichtsbarkeit tatsächlich Konkurrenz gemacht werden kann, bleibt abzuwarten.

Italien: Gerichtsvollzieher mit direktem Zugriff auf Steuerakten

In Italien hat das Justizministerium mit den Finanzämtern eine Vereinbarung getroffen, nach der die Gerichtsvollzieher einen direkten Zugriff auf ihre Datenbanken erhalten, um die Zwangsvollstreckung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Aus den Steuererklärungen der Schuldner können sich alle offiziell deklarierten Vermögenswerte entnehmen (Quelle: Altalex vom 07.09.2023).

Videoverhandlung: Alle Richter im Bild

Liebe Kollegen, sollte eine Videoverhandlung richtig schiefgegangen sein und euch nichts mehr einfällt, was man einwenden kann: Hier ist ein Lichtblick vom Bundesfinanzhof (Beschluss vom 30.6.2023, Az VB 13/22). Wenn die Übertragung immer nur den Berichterstatter oder den Vorsitzenden zeigte, jedenfalls nicht immer die ganze Richterbank, habt ihr einen Revisionsgrund. Auch ein Richter, der nur von der Seite gezeigt wird, ist in diesem Sinne bedenklich. Da Aufzeichnungen der Verhandlungen nicht gestattet sind, empfiehlt es sich bei wichtigen Verhandlungen, einen Zeugen (Referendar oder Mitarbeiter) hinzuzuziehen.



Videoverhandlung aus dem Schlafzimmer

Der Rechtsausschuss des Bundestages hat am 15.11. 2023 den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz „zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten“ in geänderter Fassung beschlossen: Nunmehr ist vorgesehen, dass der Richter die Videoverhandlung „von einem anderen Ort als der Gerichtsstelle aus“ leiten darf (§ 128a Abs. 6 ZPO-E), d.h. der Richter darf zuhause bleiben, wenn alle Prozessbeteiligten online sind. Der Öffentlichkeit wird per Stream eine unmittelbare Teilnahme an

der Videokonferenz ermöglicht werden – zunächst zur Erprobung nur an einigen Gerichten.

Stellt auch nur einer der beteiligten Rechtsanwälte einen Antrag auf Durchführung einer Videoverhandlung, soll das Gericht diese in der Regel nun auch anordnen. Lehnt der oder die Vorsitzende einen Antrag auf Videoverhandlung ab, so ist diese Entscheidung künftig zu begründen – und zwar nicht nur durch Formschriften, sondern einzelfallbezogen und kann angefochten werden.

Die neuen Vorschriften sollen auch für Zivil-, Verwaltungs-, und Finanzgerichtsverhandlungen gelten. Die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit hingegen wird weitgehend ausgenommen – hier sollen im Wesentlichen die bisherigen Vorschriften beibehalten werden (Quelle: BRAK-Mitteilungen vom 16.11.2023 <https://www.brak.de/newsroom/news/videoverhandlungen-richter-im-homeoffice-und-videostreams-fuer-alle>)

Telematischer Zugang für Anwälte zu Standesamtsurkunden

Dank eines Ministerialerlasses (Innenminister vom 06.10.23), der kürzlich veröffentlicht wurde (G.U. Nr. 273 vom 22.11.2023), können Anwälte telematisch auf das Nationale Register der Wohnbevölkerung (ANPR) und die anagrafischen Bescheinigungen zugreifen, soweit dies mit der Ausübung eines beruflichen Mandats erforderlich ist.

Dieser Dienst, der sich auf die im Anhang des Dekrets aufgeführten Registerbescheinigungen (z.B. Geburt, Heirat, Wohnsitz, AIRE-Wohnsitz, Lebensunterhalt, Zivilstand, Lebensgemeinschaft, Lebensgemeinschaftsvertrag usw.) beschränkt und funktional mit einem beruflichen Mandat zusammenhängt und quantitativ auf 30 Bescheinigungen pro Tag limitiert ist, kann von den Anwälten nach einer Computeridentifizierung (Art. 64 CAD) und der Überprüfung ihrer Eintragung in das Register über die Website www.anagrafenazionale.interno.it in Anspruch genommen werden.

Auf der Bescheinigung, die von der Stempelgebühr befreit ist, wird angegeben, dass sie dem Rechtsanwalt, der sie beantragt hat, für Zwecke im Zusammenhang mit der Ausübung des beruflichen Mandats ausgestellt wurde.

Der Erlass sieht ein Verfahren vor, mit dem das Ministerium, der Nationale Anwaltsrat und die Berufsverbände die Einhaltung dieser Grenzen überprüfen können – wohl um zu verhindern, dass Anwälte sich in Bescheinigungsagenturen verwandeln - insbesondere bei Anwälten, die mehr als 100 Bescheinigungen in einem Zeitraum von sechs Monaten ausstellen.

Diese Neuerung wurde von den Anwälten lange erwartet und wird hoffentlich ihre Arbeit vereinfachen und beschleunigen und gleichzeitig die Standesämter der Gemeinden entlasten. AC

Digitale Anwaltsrechnung

Insbesondere italienische Mandanten wundern sich, wenn sie von deutschen Anwälten noch Papierrechnungen erhalten. Nach geltendem deutschem Berufsrecht können Anwälte bislang aber ihre Gebühren nur mit einer handschriftlich unterzeichneten Rechnung einfordern.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Italia: procura alle liti valida anche in inglese

I colleghi che lavorano in Italia sanno bene quanto sia formalistico il conferimento di una procura alle liti. Mentre in Germania il processo può iniziare senza la presentazione di una procura scritta, in Italia l'avvocato deve autenticare la procura del suo cliente. Stupisce quindi la sentenza della Corte di Cassazione del 12 luglio 2023 (n. 19900), secondo cui una procura rilasciata in inglese è considerata formalmente valida se il giudice è in grado di tradurla personalmente.

Italia: introduzione del titolo di specialista

L'art. 9 della Legge 31 dicembre 2012, n. 247, ha introdotto anche in Italia percorsi formativi per specialisti, cioè avvocati specializzati che possono conseguire il corrispondente titolo. Il catalogo degli avvocati specialisti non si discosta molto da quello tedesco; i colleghi italiani hanno ritenuto opportuno introdurre anche l'avvocato specialista in diritto dell'esecuzione forzata (che non esiste in Germania). In materia di trasporti, viene dato particolare rilievo alla navigazione (diritto della navigazione e dei trasporti), come è tipico per il Paese.

Il conseguimento del titolo di specialista è riservato agli avvocati che abbiano maturato un'anzianità di iscrizione all'albo degli avvocati di almeno otto anni e che dimostrino di avere esercitato attività professionale in uno dei settori di specializzazione negli ultimi cinque anni.

A parere della redazione, il titolo di specialista è un primo elemento di orientamento utile per il cliente che cerca uno specialista in una specifica area del diritto e non vuole affidarsi alla pubblicità dello studio legale.

80.000 caratteri sono sufficienti per le cause di valore inferiore a 500.000 euro

A meno che non siano in gioco milioni di euro, gli avvocati italiani dovrebbero essere brevi. Il Ministro della Giustizia italiano ha firmato un decreto ministeriale entrato in vigore in data 1° settembre 2023 che prescrive 80.000 caratteri e un massimo di 40 pagine per le prime memorie dell'avvocato nelle cause di valore inferiore a 500.000 euro. Si tratta comunque di un aumento del 30% rispetto alle precedenti disposizioni, di cui la lettera ai clienti aveva già dato notizia (fonte: Sole 24 Ore del 10 agosto 2023).

Che cosa succede se l'avvocato non si attiene a questa disposizione e inserisce qualche carattere di troppo? Allora la parte può perdere il diritto al rimborso delle spese (Tribunale di Verona, sez. I civile, decreto del 29/09/2023).

La sanzione del Consiglio di Stato, che in Germania corrisponde al "Bundesverwaltungsgericht", è ancora più severa. Esso ha semplicemente rigettato la domanda proposta perché troppo lunga (Cons. Stato, sez. V, n. 8487 del 22/09/2023).

Nuova procedura di "leading case" adottata dal BGH

Il legislatore tedesco ha introdotto una procedura di "leading case". Nel caso di un fenomeno di contenzioso di massa (come il Dieselgate), la Corte Suprema Tedesca (BGH) può scegliere un caso ed emettere linee guida per i giudici di merito, a pre-

scindere dalla sorte specifica del caso scelto, che diventano quindi vincolanti nella pratica. I giudici di merito non devono quindi attendere tutti i vari gradi di giudizio esperibili per avere delle certezze. Finora è sempre stato a discrezione delle parti ritirare i ricorsi o venire a un accomodamento per evitare la decisione della Corte Suprema Tedesca.

Allo stesso tempo, è stato deciso di introdurre i cosiddetti "Commercial Courts" presso i tribunali tedeschi. Si tratta di tribunali commerciali speciali che possono giudicare anche in inglese. Resta da vedere se questi saranno effettivamente in grado di competere con l'arbitrato.

Italia: accesso diretto degli ufficiali giudiziari ai data base del fisco

In Italia è stata stipulata una Convenzione tra il Ministero della Giustizia e l'Agenzia delle Entrate per consentire agli ufficiali giudiziari di accedere direttamente alle banche dati dell'amministrazione finanziaria, rendendo così più agevole o rendendo possibile l'esecuzione forzata. Dalle dichiarazioni dei redditi del debitore si potrà risalire a tutti i beni dichiarati ufficialmente (fonte: Altalex del 07/09/2023).

Udienza in videoconferenza: tutti i giudici nel video

Cari Colleghi tedeschi, se un'udienza in videoconferenza è andata davvero male e non vi viene in mente nient'altro da obiettare, ecco un raggio di speranza proveniente dalla Corte tributaria federale tedesca (decisione del 30 giugno 2023, R.G. n. VB 13/22). Se la trasmissione mostra sempre e solo il giudice relatore o il presidente, o almeno non sempre l'intero banco dei giudici, avete un motivo di ricorso. Anche un giudice che viene mostrato solo di lato è discutibile in questo senso. Dal momento che le registrazioni delle udienze non sono consentite, è consigliabile chiamare un testimone (praticante o dipendente) per le udienze importanti.

Udienza in videoconferenza dalla camera da letto

Il 15 novembre 2023, la Commissione giuridica del Bundestag ha adottato una versione modificata del progetto di legge del governo federale "per promuovere l'uso della tecnologia di videoconferenza nei tribunali civili e speciali". È ora previsto che il giudice possa condurre l'udienza in videoconferenza "da un luogo diverso dalla sede del tribunale" (§ 128a, comma 6 ZPO-E), cioè il giudice può rimanere a casa se tutte le parti processuali sono online. Il pubblico potrà partecipare direttamente alla videoconferenza via streaming, inizialmente solo in alcuni tribunali a fini di sperimentazione.

Se anche solo uno degli avvocati coinvolti fa richiesta di celebrare un'udienza in videoconferenza, il tribunale dovrebbe anche generalmente accogliere tale richiesta. Se il presidente di sezione respinge una richiesta di udienza in videoconferenza, in futuro la decisione dovrà essere motivata non solo con una lettera formale, ma anche caso per caso e potrà essere contestata.

Le nuove norme si applicheranno alle udienze dei tribunali civili, amministrativi e tributari. I tribunali del lavoro e i tribunali sociali, invece, saranno in gran

parte esclusi: in questo caso, le precedenti norme saranno essenzialmente mantenute (fonte: comunicazione BRAK del 16/11/2023: <https://www.brak.de/newsroom/news/videoverhandlungen-richter-im-homeoffice-und-videostreams-fuer-alle>)

Accesso telematico degli avvocati ai certificati anagrafici

Grazie a un decreto ministeriale (Ministro dell'Interno del 06/10/2023) recentemente pubblicato (G.U. n. 273 del 22/11/2023), gli avvocati possono accedere in modalità telematica all'Anagrafe nazionale della popolazione residente (ANPR) e ai certificati anagrafici, per finalità connesse all'esecuzione del mandato professionale.

Tale servizio, limitato ai certificati anagrafici elencati nell'allegato al decreto (ad. es. anagrafico di nascita, anagrafico di matrimonio, di residenza, di residenza AIRE, di esistenza in vita, di stato civile, di residenza in convivenza, di contratto di convivenza, ecc.), funzionalmente connesso al mandato professionale e limitato quantitativamente a trenta certificati al giorno, è accessibile agli avvocati tramite il sito www.anagrafenazionale.interno.it previa identificazione informatica (art. 64 CAD) e verifica dell'iscrizione al relativo albo o elenco.

Il certificato, esente dall'imposta di bollo, attesta che è stato rilasciato all'avvocato che ne ha fatto richiesta per finalità connesse all'esercizio del mandato professionale.

La richiesta dei certificati prevede una procedura con cui il Ministero, il Consiglio nazionale forense e le organizzazioni professionali possono verificare il rispetto di questi limiti - presumibilmente per evitare che gli avvocati si trasformino in agenzie di certificazione - soprattutto nel caso di avvocati che hanno richiesto oltre cento certificati nel semestre.

Una novità attesa da tempo dagli avvocati, che si spera possa semplificare e velocizzare il loro lavoro e allo stesso tempo ridurre il lavoro degli uffici anagrafici dei comuni. AC

Fattura digitale dell'avvocato

Soprattutto i clienti italiani si stupiscono quando ricevono ancora fatture in formato cartaceo dagli avvocati tedeschi. Tuttavia, secondo l'attuale codice deontologico tedesco, gli avvocati possono richiedere i loro onorari solo con una fattura firmata a mano. Questa situazione è destinata a cambiare presto e, secondo un progetto di legge del Ministero federale della Giustizia, il relativo § 10 RVG sarà presto modificato. La redazione spera che la fattura digitale aumenti sensibilmente la disponibilità a pagare.



IMMOBILIENSEITE ①

Einschränkung der Erstwohnungssteuervergünstigung für den Erwerb von Immobilien durch im Ausland ansässige Italiener

Artikel 2 des Gesetzesdekrets 69/2023 (umgewandelt in das Gesetz 103 vom 10.08.2023) hat die Steuervergünstigung für die Erstwohnung beim Erwerb von Immobilien durch im Ausland ansässige italienische Staatsbürger geändert. Bis zum Inkrafttreten des oben genannten Gesetzes konnte ein italienischer Staatsbürger, der ins Ausland ausgewandert war, die Steuererleichterung für die Erstwohnung beantragen, ohne einen Wohnsitznachweis in Italien erbringen zu müssen, jedoch unter der Voraussetzung, dass die erworbene Immobilie seine erste Wohnung auf italienischem Staatsgebiet darstellte.

Die Europäische Kommission hatte Italien bereits 2018 aufgefordert, diese Regelung zu ändern, da festgestellt worden war, dass italienische Staatsangehörige bei dieser Erleichterung bevorzugt behandelt und damit gegenüber Bürgern anderer EU-Staaten als Italien diskriminiert wurden.

Seit dem 14. Juni, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzesdekrets Nr. 69/2023, kann eine Person, die aus beruflichen Gründen ins Ausland gezogen ist, die Erstwohnungsbeihilfe für den Erwerb eines Hauses in Italien in einer anderen Katasterkategorie als A/1, A/8 oder A/9 nur dann in Anspruch nehmen, wenn der Erwerber aus beruflichen Gründen ins Ausland gezogen ist und seit mindestens fünf Jahren in Italien wohnt oder seine Tätigkeit ausübt“. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Vergünstigung ist außerdem, dass die erworbene Immobilie „in der Geburtsgemeinde oder in der Gemeinde, in der er vor dem Umzug gewohnt oder seine Tätigkeit ausgeübt hat“, liegt.

Die Erstwohnungsprämie für Immobilienkäufe 2023 sieht eine Eintragungssteuer in Höhe von 2 % (statt 9 %) vor, die auf den Katasterwert der Immobilie berechnet wird; wenn der Kauf mehrwertsteuerpflichtig ist, wird ein ermäßigter Satz von 4 % auf den angegebenen Preis angewandt (gegenüber den Standardsätzen von 10 % oder 22 %).

Italien - Haushaltsgesetz 2024: die wichtigsten Neuerungen im Immobilienbereich

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes, der bis zum 31. Dezember dieses Jahres verabschiedet werden muss, enthält mehrere wichtige Neuerungen, die den Immobiliensektor betreffen. Zahlreiche Neuerungen betreffen den Bausektor, insbesondere für Immobilien, die von dem 110%igen Superbonus und anderen Bauanreizen profitiert haben. Zu den wichtigsten Änderungen gehören die Einführung einer 26%igen Steuer auf Kapitalgewinne im Zusammenhang mit Wohnungen, die mit dem Superbonus renoviert wurden, und eine 11%ige Quellensteuer auf Überweisungen.

Die Regierung hat auch beschlossen, den Steuersatz für Kurzzeitvermietungen von weniger als 30 Tagen von 21 auf 26 Prozent zu erhöhen. Die Erhöhung tritt jedoch erst ab der zweiten Immobilie in Kraft, wobei die Zahl der pauschal zu vermietenden Immobilien auf vier begrenzt ist. Bei mehr als

fünf Objekten gilt der Eigentümer als Unternehmer und kann nicht mehr für die Steuerregelung mit der cedolare secca optieren.

Das Haushaltsgesetz 2024 sieht auch eine Erhöhung der Steuerlast auf im Ausland gehaltene Immobilien vor. Der Steuersatz der IMIE-Steuer, die im Ausland gelegene Immobilien im Besitz italienischer Steuerzahler betrifft, wird von 7,6 Promille auf den Höchstsatz von 10,6 Promille angehoben.

Darüber hinaus wird die Wohnungsbauförderung für junge Menschen und Familien verlängert.

Die wichtigste Neuerung des Haushaltsgesetzes betrifft sicherlich den Erwerb von geschenkten Liegenschaften durch Dritte und die Herabsetzungsklage der Pflichtteilberechtigten.

Pflichtteilberechtigte und Schenkungen von Immobilien: Erwerb durch einen Drittkäufer

Die Rechtsordnung hat sich schon immer für den Schutz der Rechte der Pflichtteilberechtigten eingesetzt, insbesondere wenn es um unbewegliches Vermögen geht: Deshalb können, wenn eine Person zu Lebzeiten so viel Vermögen (einschließlich unbewegliches Vermögen) geschenkt hat, dass der Anteil der Pflichtteilberechtigten beeinträchtigt wird, diese auch die Herausgabe der Liegenschaften verlangen, indem sie es nicht nur vom Beschenkten (d. h. der Person, die von der Schenkung profitiert hat), sondern auch von dem gutgläubigen Dritten einfordern. Die Herausgabeklage gegen den Dritterwerber ist möglich, solange seit der Schenkung noch keine 20 Jahre verstrichen sind.

In der Praxis erlaubte die Gesetzgebung den Pflichtteilberechtigten, das Haus direkt vom Drittkäufer (der es vom Beschenkten gekauft hatte) herauszuverlangen, auch wenn dieser gutgläubig gewesen war. Die Erben konnten auch jede von der Bank eingetragene Hypothek zur Sicherung des für den Kauf gewährten Darlehens unwirksam machen.

Nur kurz als Erinnerung: Die Pflichtteilberechtigten sind diejenigen Personen (Familienangehörige des Erblassers: wie Ehegatte, Kinder und, falls keine Kinder vorhanden sind, Verwandte in aufsteigender Linie), die aufgrund der besonderen Beziehung, die sie mit dem Erblasser verbindet, niemals von der Erbschaft ausgeschlossen werden können und immer Anspruch auf einen Anteil an der Erbschaft haben.

Aus diesem Grund ist die Vermarktung von Immobilien aus Schenkungen problematisch und in der Praxis schwierig. Das Gesetz verpflichtet niemanden, den Käufer über die mit einer Immobilie schenkungsrechtlicher Provenienz verbundenen Risiken aufzuklären, auch wenn die Versicherungen in letzter Zeit Versicherungspolice auf den Markt gebracht hat, die solche Risiken abdecken.

Das Haushaltsgesetz 2024 sieht nun vor, „dass die Pflichtteilberechtigten selbst keinen Anspruch auf Rückgabe der geschenkten Liegenschaft gegenüber den Rechtsnachfolgern haben, unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt der Erwerb des Beschenkten vollendet wurde, sondern dass ihnen ausschließlich gegen den Beschenkten ein dem Wert des geschenkten Vermögens entsprechender Anspruch zusteht“.

Schließlich sieht die DDL auch Übergangsregelungen vor: Zum einen wird festgelegt, dass die bisher erläuterten Änderungen „für die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffneten Erbfälle“ gelten. Für die Vergangenheit gilt das derzeitige Recht, mit genauen Fristen, die von Rechtsexperten sorgfältig geprüft werden müssen.

Wenn der Gesetzentwurf so angenommen wird, wie es scheint, kann der Pflichtteilsberechtigter ab dem 1. Januar 2024 bei einer Schenkung zum Nachteil seines Pflichtteils nicht mehr handeln, um die Immobilie von einem Dritten zurückzuerhalten, sondern muss sich ausschließlich an den Beschenkten wenden, in der Hoffnung, dass dieser zahlungsfähig ist, um den vorbehaltenen Anteil in bar zurückzuerstatten. Auf diese Weise wird der Verkehr von Immobilien einfacher und sicherer, zum Nutzen der Käufer und Banken. Auf der anderen Seite wird so die Übertragung von geschenkten Immobilien erleichtert und gesichert. Zum Vorteil der Käufer und Bürgschaftsbanken.

Kauf und Verkauf von Immobilien: Angemessene Frist für den Verkäufer zur Beseitigung von Baumängeln

Der Kassationsgerichtshof hat in seinem Urteil Nr. 18051/2023 Treu und Glauben in den Fällen ausgeschlossen, in denen der Erwerber dem Verkäufer keine Zeit gibt, die Konformität der Immobilie wiederherzustellen.

Wie die Rechtsprechung mehrfach klargestellt hat (Urteil des Kassationshofs Nr. 34211 vom 21. November 2022), beeinträchtigt das Fehlen der „agibilità“ (Benutzbarkeit) nicht die Verkaufsfähigkeit der Immobilie, aber nur dann, wenn dieser Mangel Gegenstand einer besonderen Regelung zwischen den Parteien ist. In Ermangelung einer vertraglichen Ausnahmeregelung ist der Verkäufer verpflichtet, die Immobilie mit Benutzbarkeitsbescheinigung zu übergeben. Bevor die Auflösung des Vertrages erklärt wird, muss geprüft werden, ob das Fehlen des Bewohnbarkeitsbescheinigung und die nicht genehmigten Anbauten die Marktfähigkeit der Immobilie beeinträchtigt haben. Stellt sich im Laufe des Prozesses heraus, dass die Immobilie alle Merkmale aufweist, die eine ordnungsgemäße Nutzung ermöglichen, und die baulichen Abweichungen vom ursprünglichen Projekt behoben sind, bleibt der Kaufvertrag gültig, so die Richter.

Aber das ist noch nicht alles, denn nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs muss der Erwerber dem Verkäufer, auch dann, wenn die Baumängel noch nicht behoben sind, die für die Durchführung der Nachbesserungsarbeiten erforderliche Zeit einräumen. Andernfalls verstößt das Verhalten des Erwerbers gegen Treu und Glauben.

Daraus lässt sich schließen, dass das festgestellte Vorhandensein von Baumängeln nicht automatisch eine hinreichende Bedingung für die Feststellung einer „schwerwiegenden“ Vertragsverletzung seitens des Verkäufers darstellt. Im Gegenteil, es sind immer die subjektiven und objektiven Positionen des anderen zu bewerten und es ist vor allem eine zweite Chance zu geben, indem man eine Frist zur Wiedergutmachung einräumt.

PAGINA IMMOBILIARE ①

Restrizione sull'agevolazione prima casa sugli acquisti di immobili fatti da italiani residenti all'estero

L'art. 2 del DL 69/2023 (convertito in legge 103 del 10.08.2023) ha provveduto a modificare le agevolazioni prima casa per gli acquisti di immobili fatti da cittadini italiani residenti all'estero.

Ricordiamo brevemente che sino all'entrata in vigore della suddetta legge il cittadino italiano emigrato all'estero poteva richiedere l'agevolazione prima casa, senza dover dare alcuna prova relativa alla residenza in Italia, ma alla condizione che l'immobile acquistato costituisca la sua prima casa sul territorio italiano.

La Commissione europea, già nel 2018, aveva infatti invitato l'Italia a modificare tale disciplina perché era stata rilevata la presenza di un trattamento di favore nei confronti dei cittadini italiani su tale agevolazione e conseguentemente un trattamento discriminatorio nei confronti di cittadini di altri Stati UE diversi dall'Italia.

A partire dal 14 giugno, data di entrata in vigore del DL n. 69/2023, il soggetto trasferito all'estero per ragioni di lavoro, potrà accedere al beneficio prima casa sull'acquisto in Italia, di un'abitazione di categoria catastale diversa da A/1, A/8 o A/9, solo se l'acquirente si è trasferito all'estero per ragioni di lavoro e abbia risieduto o svolto la propria attività in Italia per almeno cinque anni". Per l'accesso al beneficio è inoltre necessario che l'immobile acquistato sia ubicato "nel comune di nascita o in quello in cui aveva la residenza o svolgeva la propria attività prima del trasferimento".

Le agevolazioni prima casa negli acquisti di immobili 2023 prevedono una imposta di registro al 2% (anziché al 9%) da calcolarsi sul valore catastale dell'immobile e, se l'acquisto è soggetto a IVA, questa viene applicata in misura ridotta al 4% sul prezzo dichiarato (rispetto alle aliquote standard del 10% o 22%)

Italia -Legge di bilancio 2024: le principali novità immobiliari

Il disegno di legge della legge di bilancio, che dovrà essere approvata entro il 31 dicembre di quest'anno, contiene diverse, importanti novità che riguardano il settore immobiliare. Numerose sono le innovazioni che riguardano il settore edilizio, in particolare per gli immobili che hanno beneficiato del Superbonus del 110% e degli altri incentivi edilizi. Tra le principali modifiche anche l'introduzione di una tassa del 26% sulle plusvalenze relative alle abitazioni ristrutturate con il Superbonus e una ritenuta dell'11% sui bonifici.

Il governo ha deciso anche di aumentare l'aliquota dal 21 al 26% per le locazioni brevi, inferiori ai 30 giorni. Ma l'aumento scatterà solo a partire dal secondo immobile, con un limite di quattro immobili da affittare con cedolare secca. Oltre i cinque immobili, il proprietario sarà considerato imprenditore, e non potrà scegliere il regime fiscale con cedolare secca.

La Legge di Bilancio 2024 prevede anche un aumento del carico fiscale sugli immobili detenuti all'estero. L'aliquota dell'imposta IVE, che riguarda gli

immobili situati all'estero di proprietà di contribuenti italiani, passerà dal 7,6 per mille al livello massimo del 10,6 per mille.

Inoltre viene prorogato il mutuo prima casa per giovani e famiglie.

La più importante novità prevista nella legge di bilancio è certamente quella relativa all'acquisto di beni immobili donati da parte di terzi e all'azione di riduzioni dei legittimari.

Legittimari e donazioni di immobili: acquisto del terzo acquirente

L'ordinamento è sempre stato a favore della tutela dei diritti dei legittimari, specialmente quando si tratta di beni immobili: è per questo che nel caso in cui una persona abbia in vita donato così tanti beni (immobili compresi) da ledere la quota degli eredi legittimari, questi possono anche pretendere la restituzione del bene richiedendolo non solo al donatario (ossia chi ha beneficiato della donazione), ma anche al terzo inconsapevole. L'azione di restituzione contro l'acquirente terzo è possibile a patto che non siano trascorsi 20 anni dalla donazione.

In pratica la normativa consentiva ai legittimari di riprendersi la casa direttamente dal terzo acquirente (che l'avesse comprata dal donatario) benché questi fosse stato in buona fede. Gli eredi potevano altresì rendere inefficace anche l'eventuale ipoteca iscritta dalla banca a garanzia del finanziamento concesso per la compravendita.

Ricordiamo brevemente che gli eredi legittimari sono quei soggetti (membri della famiglia del defunto: quali coniuge, figli e, in assenza di figli, ascendenti) che, per il particolare vincolo di parentela che li lega al testatore, non possono mai essere esclusi dall'eredità avendo sempre diritto ad una quota di essa.

Questa la ragione per cui gli immobili di provenienza donativa sono problematici, e nella prassi sono difficilmente commerciabili. La legge non obbliga nessun soggetto ad informare l'acquirente dei rischi che si corrono con un bene di provenienza donativa, ciò anche se negli ultimi tempi il sistema assicurativo ha immesso sul mercato polizze assicurative che coprono tali rischi

La legge di bilancio 2024 prevede ora "che i legittimari medesimi non possano richiedere agli aventi causa la restituzione del bene donato, qualunque sia il momento in cui l'acquisto del donatario si sia perfezionato, bensì che essi siano titolari esclusivamente nei confronti del donatario di un diritto di credito commisurato al valore del bene donato".

Infine, il DDL prevede anche una disciplina transitoria: in primo luogo, si specifica che le modifiche finora spiegate si applicano "alle successioni aperte dopo l'entrata in vigore della presente legge". Per il pregresso, si applica la normativa attuale, con precisi limiti temporali che i tecnici del diritto devono verificare con attenzione.

In sostanza, se il disegno di legge verrà come sembra approvato, dal 1° gennaio 2024, di fronte ad una donazione lesiva della quota di legittima, l'erede legittimario non potrà più agire per recuperare il bene dal terzo, ma dovrà rivolgersi esclusivamente verso il donatario, sperando della sua solvibilità per rein-

tegrare in denaro la quota di riserva. Dall'altra parte in questo modo ci sarà più facilità e sicurezza nella circolazione dei beni immobili donati, a vantaggio di acquirenti e banche.

Compravendita di immobili: termine congruo al venditore per regolarizzare difformità edilizie

La Corte di Cassazione con sentenza n.18051/2023 ha escluso la buona fede nel caso in cui il promissario acquirente non conceda tempo al venditore per ripristinare la conformità dell'immobile.

Come più volte chiarito dalla giurisprudenza (sentenza della Corte di Cassazione 21 novembre 2022, n. 34211) l'assenza di agibilità non incide sulla commerciabilità dell'immobile ma solo a patto che tale carenza sia oggetto di specifica regolamentazione fra le parti. In assenza di deroga contrattuale, è obbligo del venditore trasferire il bene munito dell'agibilità. Per i giudici, la mancata consegna del certificato di agibilità da parte del promissario venditore non implica automaticamente la risoluzione del contratto a favore del promissario acquirente. Prima di dichiarare la risoluzione del contratto, bisogna accertare se la mancanza del certificato di agibilità e le difformità hanno compromesso la commerciabilità del bene. Se, sostengono i giudici, durante il giudizio emerge che l'immobile presenta tutte le caratteristiche che ne consentono il corretto utilizzo e le difformità edilizie rispetto al progetto originario sono state sanate, il preliminare di compravendita resta valido.

Ma non solo, perché, secondo la Cassazione, anche se le difformità edilizie non sono state ancora sanate, il promissario acquirente deve concedere al promissario venditore il tempo necessario per realizzare gli interventi di ripristino. In caso contrario, la condotta del promissario acquirente è considerata contraria alla buona fede.

Possiamo concludere che l'accertata presenza di irregolarità edilizie non comporti in automatico una condizione sufficiente per dichiarare inadempienza "grave" da parte del promittente venditore.

Al contrario bisogna sempre valutare le reciproche posizioni soggettive e oggettive, e soprattutto concedere una seconda possibilità dando un po' di tempo per rimediare.



ARBEITSRECHT

Videokamerabeweis zulässig, auch wenn Aufzeichnung unzulässig

Ein Arbeitgeber hatte in seinem Betrieb Kameras zur Videoüberwachung installiert, die gegen geltende Datenschutzregeln aus der DSGVO verstießen. Er hat aber immerhin durch Schilder kenntlich gemacht, dass im Betrieb Kameras installiert waren.

Mit den Aufzeichnungen aus der Videokamera begründete der Arbeitgeber eine fristlose Kündigung. Es war offensichtlich, dass der Arbeitnehmer den Betrieb vorzeitig verlassen hatte und dennoch für die volle Arbeitszeit vergütet wurde. Der Arbeitnehmer widersprach der Verwertung, fand aber bei dem Bundesarbeitsgericht kein Gehör. Kurz gefasst sei Datenschutz kein Täterschutz, der Betrug war offensichtlich (BAG, Urteil v. 29.06.2023, 2 AZR 296/22). Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Frage, ob Verstöße gegen die DSGVO zu Beweisverwertungsverböten führen können, steht noch aus.

Italienischer Wirtschafts- und Arbeitsrat (CNEL) lehnt Mindestlohn ab

Am 12. Oktober lehnte der CNEL (Italienischer Wirtschafts- und Arbeitsrat, der beratende Funktionen hat) den Vorschlag eines Mindestlohns von 9 EUR ab. Die vom CNEL durchgeführten Vorarbeiten und Analysen haben deutlich gemacht, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns das große Problem der Erwerbsarmut nicht lösen würde, welches weit über die Frage der Löhne hinausgeht. Vielmehr geht es bei der Erwerbsarmut um das Arbeitsvolumen derjenigen, die in prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen leben, um die Zusammensetzung des Einkommens innerhalb des Haushalts und um die Umverteilungsmaßnahmen des Staates.

Insbesondere für ausländische Leser sollte jedoch klargestellt werden, dass diese Entscheidung nicht bedeutet, dass die Arbeitnehmer in Italien in Bezug auf die Löhne keinen Schutz genießen. Dies liegt nicht nur daran, dass die italienische Verfassung das Recht auf

einen gerechten und angemessenen Lohn regelt, sondern vor allem daran, dass die Tarifverhandlungen sehr aktiv sind. Der CNEL ist in der Tat der Ansicht, dass letztere zu bevorzugen und zu stärken sind, wobei er die Bedeutung von Kontrollen und aufsichtsrechtlichen Eingriffen gerade in den Bereichen der Scheinselbstständigkeit hervorhebt.

Keine Durchgriffshaftung gegen den Geschäftsführer einer GmbH bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz

In Deutschland sind hingegen die allgemeinverbindlichen Tarifverträge in den letzten Jahren praktisch von der Bildfläche verschwunden, dafür gibt es einen Mindestlohn, der zurzeit 12 Euro/h beträgt. Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Urteil vom 30.3.2023 (8 AZR 120/22) entschieden, dass das Mindestlohngesetz aber kein Schutzgesetz im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB ist. Dies hat zur Folge, dass ein Geschäftsführer persönlich für Unterbezahlungen nicht haftet.

GEISTIGES EIGENTUM

Was tun, wenn Sie auf eine Urheberrechtsverletzung hingewiesen werden

Sie haben ein Foto auf Ihrer Website veröffentlicht und eine Abmahnung wegen Urheberrechtsverletzung erhalten? Als erstes sollten Sie nichts unterschreiben und sich an einen Anwalt Ihres Vertrauens wenden.

Immer häufiger wenden sich italienische Unternehmen an unsere Kanzlei, die eine Abmahnung aus Deutschland erhalten haben, weil sie auf ihrer Website ein Foto verwendet haben, von dem sie annahmen, dass es lizenzfrei sei.

In dem Schreiben wird vorgeworfen, das Material eines Fotografen unrechtmäßig verwendet zu haben, und es wird die Zahlung einer Vertragsstrafe, die Übernahme der Anwaltskosten und die Unterzeichnung einer dem Schreiben beigefügten Unterlassungserklärung verlangt. Manche unterschätzen es und sagen

einfach, sie hätten das Foto entfernt. Das reicht nach deutschem Recht aber nicht aus.

Die Nichtabgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung kann dazu führen, dass ein einstweiliges Verfügungsverfahren eingeleitet wird. Solange die Erklärung nicht abgegeben wird, wird nämlich vermutet, dass die Wiederholungsgefahr fortbesteht. Wir raten jedoch davon ab, die der Abmahnung beigefügte Unterlassungserklärung zu unterschreiben, da sie den Anschlussinhaber häufig über das geschuldete Maß hinaus verpflichtet. Zudem ist die Unterlassungserklärung in manchen Fällen nicht begründet und kann daher angefochten werden.

Sollten Sie sich in einer solchen Situation befinden, zögern Sie nicht, sich von unseren IP-Experten beraten zu lassen.

Urheberrecht Micky Maus

Im Januar 2024 läuft das Urheberrecht an dem Kurzfilm „Steamboat Willie“ der Walt Disney Company aus dem Jahr 1928 aus. In diesem Film taucht die Figur Micky Maus zum ersten Mal auf, und zwar in der ursprünglichen Schwarz-Weiß-Version. Mit Beginn des neuen Jahres wurde der ursprüngliche Kurzfilm rechtfrei und kann von jedermann frei verwendet werden.

Die später von Disney entwickelten grafischen Versionen, die moderne Micky Maus, die wir alle in Farbe kennen, unterliegen weiterhin dem Urheberrecht. Dies gilt auch für die Markenrechte von Disney, die das Bild und seine Verwendung in kommerziellen Zusammenhängen schützen.

IMMOBILIENSEITE

Aufklärungspflicht des Immobilienkäufers bei Einrichtung eines Datenraums

Der BGH hat am 15.09.2023 (V ZR 77/22) eine Entscheidung zu einem Immobilienkauf getroffen, die aber auch für Unternehmenskäufe im M&A Bereich eine große praktische Bedeutung hat. Die Verkäufer richten in dem Prüfungsverfahren vor dem Kauf (sogenannte due Diligence) einen Raum ein, in dem alle Unterlagen, die das Unternehmen – hier die Immobilie – betreffend dem Käufer zur Verfügung gestellt werden. In den Unternehmenskaufvertrag (hier Immobilien Kaufvertrag) wird die Haftung des Verkäufers dann praktisch ausgeschlossen und auch die Angaben in Datenraum beschränkt. Während vor der allgemeinen Digitalisierung es tatsächlich einen „Raum“ gab, voller Ordner, ist

heute ein Link mit dem Zugang zu einem virtuellen Ordner gemeint, in dem alle Dokumente hinterlegt werden.

Der BGH hat jetzt entschieden, dass auch die für den Käufer bestehende Möglichkeit, sich die Kenntnis (aus dem Datenraum) selbst zu verschaffen, die Pflicht des Verkäufers zur Offenbarung von wesentlichen Umständen, die erkennbar für den Kaufabschluss von Bedeutung sind, nicht ausschließt. In dem betreffenden Fall hatte der Verkäufer das Protokoll einer Eigentümersammlung erst kurz vor Abschluss des Kaufvertrages in den Datenraum eingestellt. Er konnte daher nicht damit rechnen, dass der Käufer dieses zur Kenntnis nimmt. Die Anfechtung des Kaufvertrages durch den Käufer hatte Erfolg.

In Memoriam Comm. Gaetano Patella

Ci ha lasciato un uomo straordinario, l'Italiano più popolare di Francoforte; direttore del Banco di Napoli e Banco di Sicilia a Francoforte, tesoriere dell'Eintracht nei momenti più difficili e amatissimo da tutti gli sostenitori, portatore del Bundesverdienstkreuz, personaggio di una umanità straordinaria, siamo stati orgogliosi della sua amicizia.

Ein außergewöhnlicher Mensch ist von uns gegangen, der populärste Italiener Frankfurts, Direktor des Banco di Napoli und Banco di Sicilia in Frankfurt, Schatzmeister der Eintracht in ihren schwierigsten Zeiten, heißgeliebt von den Fans, Träger des Bundesverdienstkreuzes, ein Mann von großer Menschlichkeit, wir sind stolz, seine Freunde gewesen zu sein.

André Castelli · Stefano Dangel · Rodolfo Dolce

DIRITTO DEL LAVORO

La prova della videocamera è ammissibile, anche se la ripresa è inammissibile

Un datore di lavoro aveva installato nella sua azienda delle telecamere per la videosorveglianza che violavano le norme sulla protezione dei dati personali previste dal GDPR. Tuttavia, aveva almeno segnalato il fatto che le telecamere erano installate in azienda.

Il datore di lavoro ha utilizzato le registrazioni della videocamera come motivo di licenziamento senza preavviso. Era evidente che il dipendente aveva lasciato l'azienda in anticipo ed era stato comunque pagato per l'intero orario di lavoro. Il dipendente si è opposto all'utilizzo, ma non è stato ascoltato dal Tribunale federale del lavoro. In poche parole, la protezione dei dati non tutela il colpevole, la frode era evidente (BAG, sentenza del 29 giugno 2023, 2 AZR 296/22). Si è ancora in attesa di una decisione della Corte di giustizia europea sulla questione se le vio-

lazioni del GDPR possano portare a un divieto di utilizzo delle prove.

Il Cnel bocchia la proposta di salario minimo

Lo scorso 12 ottobre il CNEL (Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro, che ha funzioni consultive) ha bocciato la proposta di salario minimo a 9 Euro. Il lavoro istruttorio e di analisi svolto dal Cnel ha chiarito come l'introduzione di un salario minimo legale non risolvrebbe la grande questione del lavoro povero, che va ben oltre il tema delle retribuzioni. La povertà lavorativa riguarda, infatti, la quantità di lavoro nell'arco dell'anno per chi vive di contratti precari e intermittenti, la composizione del reddito all'interno del nucleo familiare e l'azione redistributiva dello Stato.

Tuttavia, soprattutto per i lettori stranieri, è bene chiarire che questa decisione non significa che i lavoratori in Italia non godano di protezione in termini di salario. Questo non solo perché la Costituzione italiana

disciplina il diritto a un salario giusto e adeguato, ma soprattutto perché la contrattazione collettiva è molto attiva. Anzi, il CNEL ritiene che quest'ultima debba essere favorita e rafforzata, sottolineando l'importanza dei controlli e degli interventi di vigilanza, soprattutto nei settori del falso lavoro autonomo.

Nessuna azione di regresso nei confronti dell'amministratore delegato di una GmbH per violazione della legge sul salario minimo

In Germania, invece, i contratti collettivi generalmente vincolanti sono praticamente scomparsi dalla scena negli ultimi anni, ma esiste un salario minimo, che attualmente è di 12 euro all'ora. In una sentenza del 30.3.2023 (8 AZR 120/22), il Tribunale federale del lavoro ha stabilito che la legge sul salario minimo non è una legge di tutela ai sensi dell'articolo 823, comma 2 BGB. Di conseguenza, un amministratore delegato non è personalmente responsabile per i pagamenti insufficienti.

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Cosa fare quando si riceve una diffida per violazione dei diritti d'autore

Avete pubblicato una foto sul vostro sito web e avete ricevuto una diffida per violazione di diritti d'autore? La prima cosa da fare è non firmare nulla e rivolgersi a un legale di fiducia.

Sempre più spesso si rivolgono al nostro studio società italiane che ricevono diffide dalla Germania per l'utilizzo sul loro sito web di una foto che credevano essere libera dal pagamento di una licenza.

Nella lettera venite accusati di aver utilizzato illegittimamente il materiale di un fotografo e vi viene intimato il pagamento di una penale, dei costi dell'assistenza legale e la firma di una dichiarazione allegata alla lettera. Alcune persone sottovalutano la questione e si limitano a togliere la foto e comunicare

di aver provveduto alla rimozione. Ebbene, questo per il diritto tedesco non basta.

Il mancato rilascio di una dichiarazione di cessazione e desistenza, con sottoposizione a una penale contrattuale, potrebbe comportare l'avvio di un procedimento d'urgenza contro di voi. Infatti, si ritiene che il pericolo di reiterazione persista fino a quando detta dichiarazione non viene rilasciata. Sconsigliamo però di firmare la dichiarazione di cessazione e desistenza allegata alla diffida in quanto spesso obbliga il sottoscrivente oltre il dovuto. Inoltre, ci sono casi in cui la stessa diffida non è fondata su basi solide e quindi può essere contrastata.

Se vi trovate in questa situazione non esitate a contattare i nostri esperti in materia di proprietà intellettuale per una consulenza.

Il copyright di Topolino

A gennaio 2024 scadrà il copyright del cortometraggio della Walt Disney Company intitolato "Steamboat Willie" del 1928. In questa pellicola cinematografica appare per la prima volta il personaggio di Topolino, nella versione originale in bianco e nero. Dall'inizio del nuovo anno il cortometraggio originale diventerà di dominio pubblico e potrà essere utilizzato da chiunque liberamente.

Le versioni grafiche sviluppate successivamente dalla Disney, il Topolino moderno che conosciamo tutti a colori, rimarranno tutte ancora soggette a copyright, così come rimarranno della Disney i diritti di marchio registrato, che proteggono la sua immagine e il suo utilizzo in contesti commerciali.

PAGINA IMMOBILIARE

Obbligo di informazione dell'acquirente di un immobile nella creazione di una data room

Il 15 settembre 2023 (V ZR 77/22), la Corte Suprema Tedesca (BGH) ha emesso una decisione in merito all'acquisto di un immobile che riveste una grande importanza pratica anche per le acquisizioni di società nel settore M&A. Nel corso del procedimento di verifica che precede l'acquisto (cosiddetta due diligence), i venditori allestiscono una sala in cui tutti i documenti relativi all'azienda - in questo caso l'immobile - vengono messi a disposizione dell'acquirente. Nel contratto di acquisto d'azienda (in pratica contratto di compravendita immobiliare) viene quindi praticamente esclusa la responsabilità del venditore e anche le informazioni

contenute nella "data room" vengono limitate. Mentre prima della digitalizzazione esisteva una "stanza" piena di cartelle, oggi si intende con ciò un link con accesso a una cartella virtuale in cui sono archiviati tutti i documenti.

Il BGH ha ora stabilito che la possibilità per l'acquirente di ottenere personalmente informazioni (dalla data room) non esclude l'obbligo del venditore di divulgare circostanze rilevanti che siano riconoscibilmente importanti per la conclusione dell'acquisto. Nel caso in questione, il venditore aveva caricato nella data room il verbale di una riunione dei proprietari solo poco prima della conclusione del contratto di acquisto. Non poteva quindi aspettarsi che l'acquirente ne prendesse

nota. L'impugnazione del contratto di compravendita da parte dell'acquirente ha avuto successo.



FAMILIENRECHT

Prioritäres Hundewohl

Eine kuriose Frage aus dem Alltag, mit der sich ein deutsches Gericht zu befassen, zu verhandeln und schließlich zu entscheiden hatte, war der Streit zwischen ehemaligen Partnern, die nicht verheiratet waren, keine Kinder hatten, aber Miteigentümer eines Labradors waren. Nach der Trennung wollten beide Ex-Partner ihren geliebten Fido (der Name des Hundes schlechthin) ausschließlich bei sich haben, jeder aus seinen eigenen Gründen. Das Landgericht Frankenthal (Beschluss vom 12.5.2023 - 2 S 149/22) als Gericht der zweiten Instanz entschied, dass der Hund bei beiden bleiben sollte, und zwar zwei Wochen bei dem einen und zwei Wochen bei dem anderen. Bei der Anordnung des Wechselmodells für Fido wandte das Gericht die Regeln über die Benutzung des gemeinschaftlichen Eigentums nach § 745 Abs. 2 BGB an. Die Entscheidung scheint alle zufrieden gestellt zu haben, die beiden Ex-Partner, aber wohl auch Fido selbst, der in dem Verfahren zwar kein Mitspracherecht hatte (sic!), dem das Gericht aber die gebührende Aufmerksamkeit schenkte. Das Gericht begründete seine Entscheidung unter anderem mit dem Grundsatz des „besten Interesses des Hundes“ an der Aufrechterhaltung einer unveränderten Beziehung zu beiden Hundehaltern, mit denen er sich verbunden fühlen sollte, und wandte analog den Grundsatz an, der in Verfahren über das Sorgerecht für minderjährige Kinder geschützt wird.

Die Entscheidung wurde in den juristischen Fachzeitschriften veröffentlicht und von Juristen kommentiert, die die Gelegenheit nutzten, sich einerseits auf äußerst interessante Weise mit dem Thema Tierrecht zu befassen und andererseits einen echten Vergleich zwischen den verschiedenen Entscheidungen anderer Gerichte in ähnlichen Fällen oder zwischen praktisch identischen Sachverhalten, die aber unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen unterliegen, anzustellen. Würden sich nämlich zwei Ehegatten um den Umgang für einen Hund streiten, müsste die Frage, anders als im untersuchten Fall, auf der Grundlage einer anderen Rechtsordnung beurteilt werden, nämlich dem Scheidungsrecht (Aufteilung des Hausrats), die Ehegatten in einer familiären Krise vorbehalten ist.

Darüber hinaus bleibt unabhängig von der Entscheidung über den gemeinsamen Umgang für Fido, das beiden Eigentümern zu gleichen Teilen zusteht, die zugrunde liegende Frage ungeklärt: Wem gehört der Hund, wenn einer der Miteigentümer von seinem Recht Gebrauch machen will, die Aufhebung der Gütergemeinschaft zu verlangen? Nicht zuletzt können sich auch Fragen im Zusammenhang mit dem Unterhalt und der tierärztlichen Versorgung des Hundes stellen.

Für Juristen, die sich für das Rechtsgebiet interessieren, aber auch für Neugierige und Wissbegierige, die neue Bereiche und Einblicke in die Anwendung der bestehenden Regeln finden wollen, empfiehlt sich die Lektüre des Aufsatzes des Autors Felix Aiwanger, der in der juristischen Fachzeitschrift FamRZ 2023, 1773 erschienen ist, nicht zuletzt, weil der Autor mehrere Entscheidungen aus dem Bereich des internationalen Tierschutzes zitiert. VR

Warten auf Familienrechtsreformen

Das Bundesjustizministerium hat ein Eckpunktepapier für eine große Reform des Kindesunterhalts und des Betreuungsunterhalts im Trennungsfall vorgestellt. Die letzte deutsche Reform des Unterhalts stammt aus dem Jahr 2008. Die letzte Reform war auf die Mehrzahl der Fälle ausgelegt, in denen das Kind im Falle einer Trennung überwiegend bei einem Elternteil untergebracht wurde, der die Betreuung übernahm, während der andere Elternteil ein regelmäßiges Umgangsrecht und zur Zahlung einer monatlichen Unterhaltrente entsprechend seines Einkommens verpflichtet ist.

Fünfzehn Jahre nach dieser Reform haben sich die Bedürfnisse und die Realität der Familien bei der Trennung der Eltern stark verändert. Heutzutage beteiligen sich beide Elternteile trotz der Trennung immer häufiger an der faktischen Betreuung der Kinder und leisten ihren eigenen Beitrag, indem sie ein gemeinsames Wechselmodell vereinbaren, bei dem jeder Elternteil die Betreuung und den Unterhalt des Kindes übernimmt. Das noch geltende Unterhaltsrecht sieht keine Regelung für den Fall vor, dass beide Elternteile die Kinder zu unterschiedlichen Anteilen betreuen, wie von den Eltern vereinbart oder vom Gericht festgelegt. Wird die Betreuung des minderjährigen Kindes von beiden Elternteilen zu je 50 % (Wechselmodell) übernommen, besteht keine Verpflichtung zur Zahlung von Barunterhalt an den anderen Elternteil, so dass der Kostenausgleich zwischen den Eltern zur Anwendung kommt. Beträgt die Zeit, die das Kind bei einem Elternteil verbringt, jedoch weniger als 50 % (z. B. 45/55) (asymmetrisches Wechselmodell) gibt es keine offizielle Methode für die Aufteilung der Verantwortung und des finanziellen Beitrags. Einige Rechtsexperten haben Berechnungsmethoden vorgeschlagen (die von Juristen, Anwälten und Richtern diskutiert wurden), um die Höhe des Kindesunterhalts auf der Grundlage der tatsächlich von jedem Elternteil geleisteten Betreuungszeit zu bestimmen, aber es besteht kein Konsens über die Anwendung dieser Berechnungsmethoden. Außerdem würde dies zu der komplexen Situation führen, dass es bis zu drei Berechnungsmethoden geben könnte, je nachdem, wie viel Zeit jeder Elternteil für die Kinderbetreuung aufwendet. Alle Juristen warten gespannt auf diese Reform, die (hoffentlich) noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Eine weitere Reform, die in Kürze erwartet wird (ein Gesetzesentwurf wurde bereits ausgearbeitet), ist eine Neuregelung zur Einführung echter Doppelnamen für Kinder und Ehegatten. VR



LESEEMPFEHLUNGEN

Anwalt als Passhändler

Der anwaltliche Beruf bietet viele Entfaltungsmöglichkeiten. Eine besonders lukrative hat ein Kollege aus Zürich gefunden, der – offensichtlich vollkommen legal – Reisepässe (also Staatsangehörigkeiten) aus aller Welt anbietet. Man liest in einem Beitrag von Hannes Grassegger <https://www.tagesanzeiger.ch/wie-ein-anwalt-aus-zuerich-zum-groessten-passvermittler-der-welt-aufstieg-971962144741> im Schweizer Tagesanzeiger, wie einfach es beispielsweise ist, einen türkischen Pass schlicht zu kaufen.

Schweigen ist nicht immer Gold

Völlig zu Recht beschreibt Möller in seinem Editorial zur NJW 24/2023 die heilende Wirkung des Schweigens auf die Vielzahl von digitalen Nachrichten, die jeder erhält, sei es über E-Mail, sei es über soziale Netzwerke, sei es über Nachrichtendienste. Er stellt aber auch fest, dass es sich manchmal dann doch empfiehlt, auf unsinnige Schreiben zu antworten. Dabei wird die der Redaktion bislang unerkannt gebliebene Vorschrift des § 31 II Nr. 4d Bundesdatenschutzgesetz zitiert. Danach kann eine unterlassene Reaktion auch auf eine völlig unsinnige Mahnung das Scoring - also die eigene Kreditwürdigkeit - verschlechtern. Also schreiben, schreiben, schreiben.

DIESELGATE

Über 8 Jahre nach Aufdeckung des Skandals beschäftigt Dieselgate noch die Gerichte. Dazu kommt, dass die Abgassysteme, mit denen die Fahrzeuge nachgerüstet wurden, nach Auffassung des europäischen Gerichtshofes ebenfalls illegal waren.

Auffallend ist, wie unterschiedlich die Verbraucher aus der ganzen Welt entschädigt wurden. US-Amerikaner hatten es am besten, die bekamen sofort große Schadensersatzbeträge. Die deutschen Verbraucher haben im Jahr 2020 immerhin Schadensersatzansprüche zwischen 1.350,00 und 6.257,00 Euro erhalten. Spanische und italienische Verbraucher haben noch nichts erhalten und streiten zur Zeit vor deutschen Gerichten.

VERBRAUCHERRECHT

Diskriminierende Algorithmen

Verschiedene Antidiskriminierungsrichtlinien der EU sind in Deutschland im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgesetzt. Adressat des Gesetzes sind Personen oder Unternehmen. In der Praxis sind es aber Algorithmen, die diskriminieren, indem beispielsweise bei der Kreditvergabe Menschen eines bestimmten Alters oder einer bestimmten Herkunft von der Erteilung eines Angebots einfach aussortiert werden.

Die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Altman, fordert daher zu Recht eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes; in einem lesenswerten Beitrag in der LTO vom 31.08.2023 führt sie eine Reihe von diskriminierenden Umständen auf, die allein auf die Algorithmen zurückgehen.

DIRITTO DI FAMIGLIA

Diritto di visita condiviso del cane come conseguenza della separazione della coppia?

Una questione curiosa e fuori dall'ordinaria casistica, che un tribunale tedesco si è trovato a dover approfondire, discutere ed infine decidere, è la lite tra ex partner, non uniti in matrimonio, senza figli, ma con un cane labrador in compartecipazione. A seguito della loro separazione, entrambi gli ex partner ambivano ad avere con sé ed in modo esclusivo il loro amato Fido (nome del cane per antonomasia), ciascuno per le proprie ragioni. Il tribunale di Frankenthal (decisione del 12.5.2023 – 2 S 149/22), quale giudice di seconda istanza, ha deciso che il cane debba stare con entrambi in alternanza e precisamente due settimane con uno e due settimane con l'altro. Il tribunale, nel disporre l'affidamento condiviso di Fido ha applicato le regole dell'uso di bene di proprietà comune ai sensi del § 745 co. 2 BGB (codice civile tedesco). La decisione sembra aver soddisfatto tutti, i due ex partner, ma probabilmente anche lo stesso Fido, che nel processo non ha sicuramente potuto dire la sua (sic!), ma a cui il giudice ha dato la dovuta attenzione. Il tribunale ha infatti ritenuto di fondare la decisione, tra l'altro, in forza del principio dell'"interesse superiore del cane" a mantenere invariati i rapporti con entrambe le persone a cui si dovrebbe sentire legato, applicando in via analogica, il principio tutelato nei procedimenti che riguardano l'affidamento dei figli minori.

La decisione è stata pubblicata e riportata nelle riviste giuridiche di settore e commentata da giuristi, che hanno colto l'occasione per approfondire, in modo estremamente interessante, da un lato il tema dei diritti degli animali, dall'altro a fare una vera comparazione tra le diverse decisioni emesse da altri tribunali in casi simili, o tra situazioni di fatto praticamente identiche ma con una disciplina giuridica diversa. Infatti, nell'ipotesi in cui a litigare sull'affidamento del cane, diversamente dal caso esaminato, fossero invece due coniugi, la questione andrebbe valutata sulla base di una disciplina diversa, ovvero quella del divorzio, riservata ai coniugi nella crisi familiare.

Inoltre, nonostante la decisione sul diritto di visita condiviso (con modello alternato) di Fido ad entrambi i proprietari in misura paritaria, rimane irrisolta la vera questione di fondo: a chi spetta il cane qualora uno dei comproprietari volesse esercitare il suo diritto ex lege a chiedere lo scioglimento della comunione del bene indivisibile? Non di meno, potrebbero sorgere anche questioni economiche collegate al mantenimento e alle cure veterinarie di Fido.

Ai giuristi interessati alla materia, ma anche a quelli più curiosi e ambiziosi a trovare nuovi spazi e spunti per l'applicazione delle norme vigenti, consigliamo di leggere l'articolo dell'autore Felix Aiwanger, pubblicato nella rivista giuridica FamRZ 2023, 1773, anche per il fatto che l'autore cita diverse decisioni nell'ambito della tutela internazionale degli animali. VR

In attesa delle riforme del diritto di famiglia in Germania

Il Ministero federale della Giustizia ha reso noto un documento che tratta i punti chiave che dovrebbero essere oggetto di una grande riforma sull'assegno di mantenimento per il figlio e per il genitore che cresce e cura il figlio in caso di separazione della famiglia. L'ultima riforma tedesca sul mantenimento risale al 2008, ovvero al tempo in cui, in caso di separazione dei genitori prevaleva la soluzione che il figlio venisse collocato e curato prevalentemente da un genitore, mentre all'altro genitore spettava un regolare diritto di visita ed un obbligo a corrispondere un assegno mensile commisurato al proprio reddito.

A distanza di 15 anni dall'ultima riforma le esigenze e la realtà delle famiglie nel caso di separazione dei genitori sono notevolmente mutate. Attualmente, entrambi i genitori, nonostante la separazione, sempre più partecipano e concorrono a soddisfare le esigenze di cura dei figli con il proprio contributo personale, concordando tra loro un affidamento condiviso in cui ciascun genitore si prende cura e si occupa del figlio. La disciplina sul mantenimento tuttora vigente non detta alcuna regola nel caso in cui siano entrambi i genitori, nella misura diversa del 50%, ad occuparsi dei figli secondo le modalità concordate dai genitori o decise dal giudice. Nel caso in cui la cura del figlio minore sia prestata da entrambi i genitori nella misura del 50% ciascuno, non è dovuto alcun obbligo al pagamento di un assegno di mantenimento in denaro all'altro genitore, trovando quindi applicazione la compensazione delle spese tra i genitori. Ma qualora il tempo trascorso dal figlio presso un genitore sia quantificato in una misura minore e diversa dal 50% (ad esempio 45/55), non è previsto alcun metodo ufficiale di suddivisione della responsabilità e della contribuzione economica. Alcuni giuristi esperti hanno offerto dei metodi di calcolo (pubblicati e discussi dalla dottrina, dagli avvocati e giudici) per determinare l'ammontare dell'assegno per il mantenimento del figlio in base al tempo di cura effettiva prestata da ciascun genitore, ma non vi è unanimità nell'applicare questi metodi di calcolo. Inoltre, tutto ciò porterebbe alla situazione complessa di avere ben 3 tipi di calcolo a seconda della permanenza temporale dei figli presso ciascun genitore. Tutti i giuristi di settore aspettano con trepidante attesa questa riforma che dovrebbe essere approvata (si spera) durante questa legislatura.

Un'altra riforma che si attende a breve (è già stato elaborato un disegno di legge) è quella di una nuova disciplina sul doppio cognome per i figli e per i coniugi. VR

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

CONSIGLI DI LETTURA

L'avvocato come venditore di passaporti

La professione legale offre molte opportunità di sviluppo. Una particolarmente redditizia è stata trovata da un collega di Zurigo che - in modo apparentemente del tutto legale - offre passaporti (cioè nazionalità) di tutto il mondo. Un articolo di Hannes Grassegger <https://www.tagesanzeiger.ch/wie-ein-anwalt-aus-zuerich-zum-groessten-passvermittler-der-weltaufstieg-971962144741> sul quotidiano svizzero Tagesanzeiger spiega come sia facile, ad esempio, acquistare un passaporto turco.

Il silenzio non è sempre d'oro

Nel suo editoriale per NJW 24/2023, Möller descrive giustamente l'effetto curativo del silenzio sulla moltitudine di messaggi digitali che ognuno di noi riceve, che si tratti di e-mail, social network o servizi di informazione. Tuttavia, osserva anche che a volte è consigliabile rispondere a messaggi senza senso. Viene citata la disposizione dell'articolo 31 II n. 4d della legge federale sulla protezione dei dati, che i redattori non hanno ancora conosciuto. Secondo questa disposizione, la mancata risposta a un sollecito del tutto insensato può peggiorare lo scoring, ovvero la propria affidabilità creditizia. Quindi scrivete, scrivete, scrivete.

DIESELGATE

A più di 8 anni dalla scoperta dello scandalo, il Dieselgate sta ancora occupando i tribunali. Inoltre, secondo la Corte di Giustizia Europea, anche i sistemi di scarico con cui i veicoli sono stati riadattati dopo il primo intervento fallito sono illegali.

È sorprendente notare come i consumatori di tutto il mondo siano stati risarciti in modo diverso. Gli americani hanno avuto la meglio, ricevendo immediatamente ingenti risarcimenti. I consumatori tedeschi hanno ricevuto risarcimenti compresi tra 1.350,00 e 6.257,00 Euro nel 2020. I consumatori spagnoli e italiani non hanno ancora ricevuto nulla e stanno attualmente combattendo nei tribunali tedeschi.

DIRITTO DEI CONSUMATORI

Algoritmi discriminanti

Diverse direttive europee contro la discriminazione sono state recepite in Germania nella Legge generale sulla parità di trattamento (AGG). La legge si rivolge a individui o aziende. In pratica, però, sono gli algoritmi a discriminare, ad esempio escludendo semplicemente le persone di una certa età o origine dalla concessione di un prestito.

L'Incaricata federale per la lotta alla discriminazione, Ferda Altman, ha quindi ragione a chiedere che la legge venga modificata di conseguenza; in un articolo che vale la pena leggere sulla LTO del 31 agosto 2023, elenca una serie di circostanze discriminatorie che possono essere ricondotte ai soli algoritmi.

GESELLSCHAFTSRECHT

Neue Regeln zum Personengesellschaftsrecht

Zum 1.1.2024 tritt in Deutschland das neue Recht zu den Personengesellschaften in Kraft. Die entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches werden geändert. Der Mandantenbrief wird berichten.

Die neue Regelung trennt eindeutig zwischen einer rechtsfähigen und einer nicht-rechtsfähigen Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Diese kann zukünftig in ein Register eingetragen werden. Dafür entsteht ein neues Gesellschaftsregister. Eine eingetragene GbR trägt den Rechtsformzusatz „eGbR“.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Italien (S.r.l.): Eintreibung der Forderungen der Gesellschaft nach Löschung aus dem Handelsregister

In seinem Urteil vom 17. Mai 2023 hat der Kassationsgerichtshof eine Entscheidung über das Eintreiben der Forderungen von im Handelsregister gelöschten Gesellschaften getroffen.

Der Gesetzgeber hat bei der Reform des Gesellschaftsrechts, die durch das Gesetzesdekret Nr. 6 vom 17.01.2023 umgesetzt wurde, die unbefriedigten Gläubiger der gelöschten Gesellschaft berücksichtigt und eine entsprechende Regelung getroffen. Jedoch wurde das Thema des Eintreibens der Forderungen der Gesellschaft vernachlässigt.

Diese Lücke ist nun durch die Rechtsprechung des Kassationshofes behoben worden, dem lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Zwei gleichberechtigte Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die aufgrund der Nichtvorlage von Jahresabschlüssen, von Amtswegen aus dem Handelsregister gelöscht worden war, stellten der Bank aufgrund eines Urteils des Berufungsgerichts, das eine Bank zur Zahlung eines Geldbetrags zugunsten der genannten Gesellschaft verurteilt hatte, zwei Vollstreckungsankündigungen zu.

Die Bank erhob zwei Vollstreckungsabwehrklagen, die jedoch zurückgewiesen wurden. Schließlich wurde die Angelegenheit vom Kassationsgerichtshof entschieden.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass das Löschen der Gesellschaft vom Handelsregister, sei es eine Personen- oder eine Kapitalgesellschaft, nicht mit dem Verschwinden aller Rechtsverhältnisse einhergeht, sondern vielmehr eine Rechtsnachfolge bewirkt, durch die die Rechtsverpflichtungen der Gesellschaft nicht erlöschen, sondern auf die Gesellschafter übergehen.

So können auch überlebende Vermögenswerte, die nicht bilanziert werden, auf die Gesellschafter der aufgelösten Gesellschaft übergehen.

Diese Rechtsnachfolge ist nicht von der Beilegung des Rechtsstreits über die Forderung abhängig, denn wenn dieser Rechtsstreit aufgrund der Auflösung der Gesellschaft unterbrochen wird, haben die Gesellschafter die Möglichkeit, den Rechtsstreit als Rechtsnachfolger der Gesellschaft laut italienischer Zivilprozessordnung fortzusetzen oder wiederaufzunehmen.

In dieser Richtung bestätigt der Kassationsgerichtshof, dass das bloße Versäumnis, die Bilanz während der Liquidation einzureichen, keine Vermutung für einen Forderungsverzicht darstellt, ebenso wie die Ungewissheit aufgrund der Anhängigkeit des Rechtsstreits die Rechtsnachfolge der Gesellschafter in die Forderung der Gesellschaft nicht ausschließt.

Ein deutsches Gericht würde zu einem anderen Ergebnis kommen, stellt sich nach der Löschung einer Gesellschaft im Handelsregister heraus, dass noch Maßnahmen der Gesellschaft im Hinblick auf Vermögenswerte der Gesellschaft oder sonstige Abwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, ist eine sogenannte Nachtragsliquidation erforderlich.

GmbH-Recht: Wirksamkeit des Gesellschaftersausschlusses

Der BGH hat mit Urteil vom 11.07.2023 (AZ II ZR 116/21) entschieden, dass der wegen eines wichtigen Grunds erfolgte Ausschluss eines Gesellschafters bereits mit Rechtskraft des Urteils wirksam wird. Bislang hatte der BGH die Wirksamkeit des Ausschlusses von der tatsächlichen Zahlung der Abfindung abhängig gemacht. Dieser Paradigmenwechsel soll nun für mehr Sicherheit über den Zeitpunkt des Ausschlusses sorgen.

In dem zugrunde gelegenen Fall hatte ein Gesellschafter mangels ausdrücklicher Regelung in der Satzung beantragt, seinen Geschäftspartner aus der Gesellschaft auszuschließen und dessen Geschäftsanteil gegen Zahlung einer Abfindung einzuziehen.

Der BGH gab ihm Recht und gab die bisher vertretene Auffassung auf, wonach die Ausschließung eines Gesellschafters an die Zahlung der Abfindung innerhalb einer angemessenen Frist geknüpft war. Nach der aufgegebenen Abfindungslösung bestand nach Rechtskraft des Urteils eine unsichere Rechtslage mit der Gefahr, dass der ausscheidende Gesellschafter in dieser Übergangszeit seine verbliebenen Gesellschafterrechte zur Verzögerung oder Vereitelung der Urteilswirkung einsetzen würde.

Darüber hinaus klärten die Karlsruher Richter die umstrittene Frage der Ausschlussklagebefugnis bei einer Zwei-Personen-GmbH. Dem Urteil zufolge kann der Gesellschafter einer Zwei-Personen-GmbH unter den Voraussetzungen der actio pro socio eine Ausschlussklage gegen den anderen Gesellschafter erheben. Die Gesellschafter sollen vor Beeinträchtigungen durch eine unrechtmäßige Einflussnahme auf die Geschäftsführung bei der Verfolgung von aus der gesellschaftlichen Treuepflicht erwachsenden Ansprüchen geschützt werden.

Neues Umwandlungsrecht 2023 – Neue Regeln zur grenzüberschreitenden Umwandlung

Zu den Grundfreiheiten der Europäischen Union gehört es auch, seinen Sitz von einem Staat in den anderen zu verlegen. Was bei natürlichen Personen keinen außergewöhnlichen Aufwand verursacht, ist bei juristischen Personen anspruchsvoller. Es sind stets die Regeln des Staates zu beachten, aus dem die Gesellschaft auszieht, und die Regeln des Aufnahme Staates. Soweit sich viele Gesellschaftsformen in den klassischen europäischen Ländern auch entsprechen (GmbH und S.r.l. beispielsweise), sind sie jedoch nicht identisch und die Satzungen sind entsprechend anzupassen. Arbeitnehmerschutzvorschriften und Gläubigerschutzvorschriften sind zu beachten. Der Mandantenbrief hat schon über mehrere Fälle berichtet.

Der deutsche Gesetzgeber widmet jetzt der grenzüberschreitenden Umwandlung (wenn also eine GmbH zur Srl wird) einen eigenen Abschnitt im Umwandlungsgesetz (Kapitel 6) und hat die Vorschriften neu geordnet. Der Mandantenbrief wird weiter berichten.

REISE UND VERKEHR

Schlangestehen am Flughafen

Das Amtsgericht München (Urt. V 12.07.2023, 158 C 1985/23) wies die Klage eines Reisenden Ehepaars ab, die stundenlang in der Sicherheitskontrolle standen und deswegen ihr Flugzeug verpasst hatten. Da der Flug Teil einer Pauschalreise war, war damit auch die gesamte Reise hinfällig. Wer selbst schon mal in einer endlosen Schlange vor der Kontrolle stand, wird jetzt den Kopf schütteln. Hier wird auch die deutsche Natur, die grundsätzlich kontaktscheu ist, von den bayerischen Richtern überstrapaziert; Zitat aus dem Urteil: „Es wäre vielmehr an den Kläger gewesen, für ein rechtzeitiges Passieren der Sicherheitskontrolle, gegebenenfalls durch ein Herantreten an andere Reisende mit der Bitte um bevorzugte Abfertigung unter Hinweis auf die gesetzten Boardingzeit, Sorge zu tragen.“

Wie hätte das Gericht entschieden, wenn der Kläger vorgetragen hätte, er hätte ja alle in der Schlange gebeten, aber keiner hätte ihn vorgelassen?

Internationale Rückführung gestohlener oder unterschlagener Fahrzeuge und gutgläubiger Erwerb durch Dritte

In der Praxis verzeichnen wir viele Fälle der Unterschlagung von in Italien zugelassenen Fahrzeugen, die in Deutschland vorläufig sicher gestellt werden. Allerdings ist mit der Auffindung die Rückführung des Fahrzeugs noch nicht beendet, da die Herausgabe des Fahrzeugs an den Eigentümer häufig durch Dritte behindert wird.

In Deutschland ist es möglich, Fahrzeuge gutgläubig zu erwerben, das deutsche Recht schließt lediglich den gutgläubigen Erwerb abhanden gekommener Fahrzeuge aus (§ 935 BGB).

In dem Fall, dass das Fahrzeug in Deutschland gefunden wird, gilt das deutsche Recht zur Bestimmung des Eigentums gilt (lex rei sitae). Fand der Verkauf jedoch in Italien statt und wurde das Fahrzeug anschließend nach Deutschland verbracht, kann ggf. Art. 1156 des italienischen Zivilgesetzbuches herangezogen werden, um einen gutgläubigen Erwerb auszuschließen, da nach dieser Bestimmung ein gutgläubiger Erwerb von zugelassenen Fahrzeugen nicht möglich ist.

Die deutsche Rechtsprechung ist bei gewerblichen Käufern, wie z. B. Fahrzeughändlern, sehr streng und verlangt, dass diese auch bei Fahrzeugen ausländischer Herkunft alle geeigneten Maßnahmen – ggf. mit Hilfe von Sachverständigen vor Ort – ergreifen müssen, um die korrekte Herkunft des Fahrzeugs festzustellen.

Da der gutgläubige Erwerb grundsätzlich einen zivilrechtlichen Tatbestand darstellt, muss die Strafverfolgungsbehörde im Rahmen einer summarischen Prüfung entscheiden, ob das Fahrzeug an den Eigentümer oder an den gutgläubigen Erwerber herausgegeben werden soll. Deshalb ist es empfehlenswert, im Falle der Auffindung unterschlagener Fahrzeuge durch die deutschen Behörden Einsicht in die Strafakte zu beantragen und unverzüglich alle Elemente vorzulegen, die die Gutgläubigkeit des Käufers ausschließen können.

DIRITTO SOCIETARIO

Germania: riforma del diritto delle società di persone (GbR)

La nuova legge sulle società di persone entrerà in vigore in Germania il 1° gennaio 2024 e ciò comporterà una modifica delle relative disposizioni del Codice civile tedesco.

La nuova normativa opera una netta distinzione tra una società di persone con capacità giuridica e una società di persone senza capacità giuridica di diritto civile. In futuro, quest'ultima potrà essere iscritta in un apposito registro. A tal fine verrà creato un nuovo registro delle società. Una società di persone (GbR) registrata sarà denominata "eGbR".

Società a responsabilità limitata: sorte dei crediti dopo la cancellazione dal registro delle imprese

Con la sentenza del 17 maggio 2023 la Corte di Cassazione ha chiarito la sorte dei crediti delle società cancellate dal registro delle imprese.

Il legislatore, in occasione della riforma del diritto societario attuata dal D.lgs 17/01/2023 n. 6, si è preoccupato espressamente di disciplinare la sorte dei debiti sociali rimasti insoddisfatti dopo la cancellazione della società dal registro, trascurando di contro l'aspetto della sorte dei crediti della stessa non riscossi prima di tale evento estintivo.

A tale mancanza normativa ha posto rimedio la giurisprudenza, la quale anche a Sezioni Unite ha affermato importanti principi la cui applicazione è stata da ultimo confermata con l'ordinanza in esame. I fatti del caso erano i seguenti:

Due soci, entrambi al 50%, di una società a responsabilità limitata che era stata cancellata d'ufficio dal registro delle imprese per la mancata presentazione dei bilanci, sulla scorta di una sentenza emessa dalla corte d'appello che aveva condannato una banca al versamento di una somma di denaro in favore della predetta società e di uno dei soci in proprio, notificavano all'istituto bancario due atti di precetto.

La banca proponeva due opposizioni ai sensi dell'art. 615 c.p.c. e, dopo l'azione esecutiva, l'opposizione all'esecuzione, le quali venivano entrambe rigettate.

Per ultimo investiva della questione la Corte di Cassazione.

Al riguardo si è precisato che l'estinzione della società, di persone o di capitali, conseguente alla cancellazione dal registro delle imprese, non corrisponde al venire meno di ogni rapporto giuridico facente capo alla società estinta, ma si determina un fenomeno di tipo successorio, in virtù del quale l'obbligazione della società non si estingue, ma si trasferisce ai soci.

Quindi anche in caso di sopravvivenze attive ancorché non collocate in bilancio esse possono trasferirsi ai soci della società disciolta.

Detta successione non è condizionata dalla definizione del giudizio vertente sul credito, posto che, ove quel giudizio sia interrotto per l'intervenuta cancellazione della società, ai soci è riconosciuta la possibilità di proseguire o riassumere il processo quali successori dell'ente ai sensi dell'art. 110 c.p.c. In tale direzione la Corte di Cassazione afferma che il mero omesso deposito del bilancio in fase di liquidazione non integra una presunzione di rinuncia al credito come anche l'incertezza dovuta a pendenza del giudizio non pre-

cludono la successione dei soci nel credito della società.

A diversa conclusione sarebbe pervenuto un Giudice tedesco, in quanto per il recupero di crediti di un s.r.l. cancellata dal registro delle imprese è necessaria la riapertura del procedimento di liquidazione.

S.r.l. in Germania (GmbH): effetti della sentenza di esclusione del socio

Con la sentenza dell'11 luglio 2023 (R.G. n. II ZR 116/21), la Corte Suprema Tedesca (BGH) ha stabilito che l'esclusione di un socio per giusta causa produce effetti già al momento del passaggio in giudicato della sentenza. In precedenza, la suddetta Corte aveva subordinato l'efficacia dell'esclusione all'effettivo pagamento dell'indennità spettante al socio escluso. Questo revirement giurisprudenziale è volto a fornire maggiore certezza in merito alla tempistica dell'esclusione.

Nel caso di specie, un socio aveva chiesto l'esclusione dalla società dell'altro socio in assenza di una disposizione esplicita nello statuto e la caducazione della sua quota societaria dietro pagamento di un'indennità.

La Corte gli ha dato ragione, abbandonando la tesi precedentemente sostenuta secondo cui l'esclusione di un socio era legata al pagamento dell'indennità entro un periodo di tempo ragionevole. In base all'orientamento giurisprudenziale precedente, dopo il passaggio in giudicato della sentenza si creava una situazione giuridica incerta, con il rischio che il socio escluso utilizzasse i propri diritti di socio rimasti durante il periodo transitorio per ritardare o contrastare l'effetto della sentenza.

Inoltre, i giudici della Corte Suprema Tedesca hanno chiarito la questione controversa del diritto del socio di intentare un'azione di esclusione nel caso di una s.r.l. tedesca (GmbH) composta da due persone. Secondo la sentenza, il socio di una s.r.l. composta da due persone può intentare un'azione di esclusione nei confronti dell'altro socio alle condizioni dell'actio pro socio. I soci devono essere tutelati da eventuali pregiudizi derivanti da influenze illecite sul consiglio di amministrazione nell'esercizio di diritti derivanti dal dovere di lealtà del socio.

Germania: nuove disposizioni in materia di trasformazioni transfrontaliere

Una delle libertà fondamentali dell'Unione Europea è il diritto di trasferire la propria sede legale da un Paese all'altro. Ciò che non comporta alcuno sforzo straordinario per le persone fisiche è più impegnativo per le persone giuridiche. Occorre sempre rispettare le norme dello Stato da cui la società proviene e quelle dello Stato ospitante. Sebbene molte forme societarie dei Paesi europei tradizionali siano simili (GmbH e s.r.l., ad esempio), non sono identiche e gli statuti devono essere adattati di conseguenza. È necessario osservare le norme di tutela dei dipendenti e dei creditori. La lettera ai clienti ha già riportato diversi casi.

Il legislatore tedesco dedica ora una sezione separata della legge tedesca in materia di trasformazione societaria (capitolo 6) alle trasformazioni transfrontaliere (cioè quando una GmbH diventa una s.r.l.) e ha riorganizzato le norme. La lettera ai clienti riferirà ulteriormente.

VIAGGI E TRASPORTI

In coda all'aeroporto

La Pretura di Monaco di Baviera (sentenza V 12.07.2023, 158 C 1985/23) ha respinto la richiesta di risarcimento di una coppia di viaggiatori che aveva sostato per ore ai controlli di sicurezza, perdendo così il proprio aereo. Poiché il volo faceva parte di un pacchetto vacanze, l'intero viaggio è stato cancellato. Chiunque abbia mai fatto una coda interminabile ai controlli di sicurezza ora scuoterà la testa. In questo caso, i giudici bavaresi hanno anche esagerato nel criticare la natura tedesca, generalmente restia ai contatti. Citazione dalla sentenza: "Sarebbe spettato al ricorrente assicurarsi che il controllo di sicurezza venisse superato in tempo utile, se necessario rivolgendosi agli altri viaggiatori in coda con una richiesta di check-in prioritario facendo riferimento all'orario d'imbarco stabilito".

Come si sarebbe pronunciato il giudice se il ricorrente avesse sostenuto di aver chiesto a tutti i viaggiatori in coda, ma nessuno lo avesse lasciato passare?

Recupero internazionale di veicoli rubati o oggetto di appropriazione indebita e acquisto in buona fede da parte di terzi

Nella prassi seguiamo molti casi di appropriazione indebita di vetture immatricolate in Italia. Spesso si tratta di vetture concesse in uso a privati da parte di società di leasing. Tali vetture, in spregio agli accordi contrattuali, vengono vendute a terzi utilizzando documenti falsi.

In alcuni casi, in seguito all'attività di indagine della polizia e dell'Interpol, le vetture vengono rinvenute e provvisoriamente sequestrate in altri paesi europei, spesso in Germania.

La questione non è banale, visto che in Germania è possibile acquistare in buona fede dei veicoli, non sussistendo né un registro equiparabile al PRA né una norma equipollente all'art. 1156 del codice civile che esclude l'acquisto in buona fede dei veicoli registrati. La legge tedesca non esclude l'acquisto in buona fede di veicoli rubati (§ 935 BGB).

In caso di rinvenimento del veicolo in Germania vale la legge tedesca per determinarne la proprietà (lex rei sitae). Tuttavia, qualora la compravendita sia avvenuta in Italia e il veicolo sia stato successivamente trasportato in Germania, si potrà eventualmente eccepire l'art. 1156 c.c. per escludere l'acquisto in buona fede.

Qualora il presunto acquisto in buona fede sia avvenuto in Germania, si dovrà accertare che l'acquirente non potesse effettivamente sospettare della dubbia provenienza del veicolo. La giurisprudenza tedesca è molto rigorosa con gli acquirenti professionali, come i rivenditori di veicoli, richiedendo che anche in casi di veicoli di provenienza estera, questi debbano prendere tutte le misure idonee – eventualmente con l'ausilio di esperti del luogo – per sincerarsi in merito alla corretta provenienza del veicolo.

Essendo l'eventuale acquisto in buona fede una questione di natura civilistica, l'autorità penale è chiamata a compiere una valutazione sommaria per decidere se rilasciare il veicolo al proprietario o all'acquirente in buona fede. Tale decisione lascia impregiudicati eventuali diritti di rivendicazione di natura civilistica, tuttavia è evidente che il provvedimento incide notevolmente sulle reali probabilità di ottenere la restituzione del veicolo o il risarcimento del danno, in particolar modo se l'acquirente non sia capiente e provveda a rivendere il veicolo.

DOLCE · LAUDA AROUND THE WORLD



Marilena Bacci in (Liefer-)Ketten!

Rechtsanwältin Marilena Bacci befasst sich seit längerem mit dem LksG und hat auch im Laufe dieses Jahres über das Thema bereits praktisch relevante Vorträge für die ITKAM, die Handelskammer Bari und Trento, die Universität Piemonte Orientale, Florenz, Pisa, für die Rechtsanwaltskammer (RAK) Frankfurt sowie für die Mailänder RAK zusammen mit der Californian Lawyer Association gehalten. Weitere Vorträge sind für 2024 geplant. Sie steht Einzelberatung aber auch für Inhouse Workshops zur Verfügung. Bei Interesse bitte direkt ansprechen unter: m.bacci@dolce.de

Näheres entnehmen Sie bitte aus:

The German new Frontier of Sustainability Law: The Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Any impact on the transport sector? in Collana del Dipartimento di Giurisprudenza dell'Università di Pisa, pagg. 79ss, Nuova Serie – Atti di Convegno, G. GIAPPICHELLI EDITORE, 2022;

La recente Legge tedesca sui doveri nella catena di fornitura (Lieferkettengesetz) ed i relativi impatti sulle imprese italiane in Dirigenti Industria, Edizione Digitale - ISSN 2532-0270, Marzo 2023

Rodolfo Dolce Kurator am See!

Auf Vorschlag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde Rodolfo Dolce zum Mitglied des Kuratoriums von Villa Vigoni gewählt. Wer im deutsch-italienischen Dialog auf irgendeinem Gebiet tätig ist und Villa Vigoni nicht kennt, ist unglaubwürdig. Wer schon mal dort war, ist infiziert (www.villavigoni.eu)

Marilena Bacci Vorstand der Rechtsanwaltskammer!

Rechtsanwältin Marilena Bacci wurde von der Frankfurter Anwaltschaft als Mitglied des Vorstands wiedergewählt. Herzlichen Glückwunsch!

André Castelli in British Columbia unter amerikanischen WLL-Anwälten

Innerhalb unseres Kanzleinetzwerks World Link for Law (kurz: WLL) erfreuen sich die Regional Meetings immer größerer Beliebtheit, insbesondere wenn sie mit einem Board Meeting gekoppelt sind.

Im schönen Vancouver trafen sich am 10. und 11. November nach einer Seeplane Tour US-amerikanische, kanadische, brasilianische und sogar ein japanischer Anwalt mit einigen europäischen Anwälten. Themen waren Maßnahmen zum Schutz des lokalen Immobilienmarktes vor ausländischen Investoren und Leerstand, die kanadische Sicht auf den internationalen Handel, dann Erbrecht (policy und Testierfreiheit).

Stefano Dangel bei PEOPIJ Jahreshauptversammlung in Dublin

Am 28. und 29. September fand in Dublin die Jahreshauptversammlung der Anwaltsvereinigung PEOPIJ (Pan European Association of Personal Injury Lawyers) statt, in dessen Vorstand sich unser Kollege Dr. Stefano Dangel engagiert. Es wurden interessante Themen wie die Haftung der Ärzte bei exzessiver Verschreibung von Opioiden im US-amerikanischen Recht oder die EU Rechtsreform zur Künstlichen Intelligenz und besprochen und lebhaft diskutiert. AC

Marilena Bacci in catene (di fornitura)!

L'Avv. Marilena Bacci si occupa da tempo della legge tedesca sulla due diligence obbligatoria nella catena di fornitura (LksG) e anche quest'anno ha avuto occasione di parlarne in modo pratico per l'ITKAM, la Camera di Commercio di Bari e Trento, l'Università del Piemonte Orientale, Firenze, Pisa, per gli ordini degli Avvocati di Francoforte e di Milano, in cooperazione con la Californian Lawyer Association. Altri interventi sono previsti per il 2024. È disponibile per consulenze individuali ma anche per workshop interni. Potete contattarla direttamente all'indirizzo: m.bacci@dolce.de.

Per ulteriori approfondimenti si veda anche: The German new Frontier of Sustainability Law: The Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Any impact on the transport sector? in Collana del Dipartimento di Giurisprudenza dell'Università di Pisa, pagg. 79ss, Nuova Serie – Atti di Convegno, G. GIAPPICHELLI EDITORE, 2022;

La recente Legge tedesca sui doveri nella catena di fornitura (Lieferkettengesetz) ed i relativi impatti sulle imprese italiane in Dirigenti Industria, Edizione Digitale - ISSN 2532-0270, Marzo 2023 MB

Rodolfo Dolce eletto membro del Consiglio direttivo di Villa Vigoni

Rodolfo Dolce è stato eletto membro del Consiglio direttivo di Villa Vigoni su proposta del Ministero Federale dell'Istruzione e della Ricerca. Chiunque sia attivo in qualsiasi campo nel contesto del dialogo italo-tedesco e non conosca Villa Vigoni non possiede molta credibilità. Chiunque vi sia stato, ne è rimasto contagiato (www.villavigoni.eu).

Marilena Bacci rieletta membro del Consiglio dell'Ordine

L'Avv. Marilena Bacci è stata rieletta dall'Ordine degli Avvocati di Francoforte in veste di membro del Consiglio dell'Ordine. Auguri!

André Castelli in British Columbia tra gli avvocati americani di WLL

All'interno della nostra rete di studi legali World Link for Law (in breve WLL), gli incontri regionali stanno diventando sempre più popolari, soprattutto quando sono abbinati a una riunione del Consiglio di amministrazione. Il 10 e l'11 novembre, avvocati di WLL statunitensi, canadesi, brasiliani e persino un avvocato giapponese si sono incontrati con alcuni membri europei del Consiglio di amministrazione di WLL nella splendida Vancouver dopo un breve tour in idrovolante. Tra i temi trattati, le misure per affrontare la crisi dell'accessibilità abitativa proteggendo il mercato immobiliare locale dagli investitori stranieri e dalle case sfitte, il punto di vista canadese sul commercio internazionale e, a sorpresa, il diritto successorio (ordre public e libertà testamentaria), con una vivace discussione. AC

Stefano Dangel all'assemblea generale annuale del PEOPIJ a Dublino

Il 28 e 29 settembre si è svolta a Dublino l'assemblea generale annuale della Pan European Association of Personal Injury Lawyers (PEOPIJ), di cui è membro del consiglio direttivo il nostro collega Stefano Dangel. Sono stati discussi e dibattuti temi interessanti come la responsabilità dei medici per l'eccessiva prescrizione di oppioidi secondo la legge statunitense o la riforma giuridica dell'UE sull'intelligenza artificiale.

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlni@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlni@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Garmischer Straße 8 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlni@dolce.it

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com